

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Parteien</b>
Schlagworte	<b>Keine Einschränkung</b>
Akteure	<b>Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP)</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2023</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bühlmann, Marc  
Hohl, Sabine  
Schaub, Hans-Peter

## Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine; Schaub, Hans-Peter 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), 2008 – 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Parteien	1
Parteiensystem	3
Grosse Parteien	5
Konservative und Rechte Parteien	6

# Abkürzungsverzeichnis

**EJPD** Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
**EDI** Eidgenössisches Departement des Inneren

---

**DFJP** Département fédéral de justice et police  
**DFI** Département fédéral de l'intérieur

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Parteien

PARTEICHRONIK  
DATUM: 20.01.2022  
HANS-PETER SCHAUB

Die **sechs grössten Parteien** der Schweiz verzeichneten 2020 und 2021 nach eigenen Angaben fast durchwegs einen deutlichen **Mitgliederzuwachs**, wie die Aargauer Zeitung im Januar 2022 berichtete. Die Zahlen sind zwar zu relativieren, weil nicht alle Parteien ein zentrales Mitgliederregister führen und die Parteien zudem unterschiedliche Kriterien dafür verwenden, ab wann sie jemanden als Parteimitglied zählen. Die Aargauer Zeitung und der von ihr befragte Politanalyst Mark Balsiger hielten einen Zuwachs indessen für plausibel. Als Erklärungsfaktoren nannten sie, dass in dem Zeitraum viele Bürgerinnen und Bürger durch die stark alltagsrelevante Covid-19-Pandemie, aber auch durch die intensiviertere Diskussion um den Klimawandel und durch aussergewöhnlich intensive Abstimmungskämpfe etwa zur Konzernverantwortungsinitiative im November 2020 und zu den beiden Covid-19-Gesetzesvorlagen im Juni und im November 2021 politisiert worden seien. Diese Politisierung sei noch verstärkt worden durch einen stark erhöhten Medienkonsum vieler Leute in den ersten anderthalb Jahren der Pandemie und zeige sich nebst den vermehrten Parteieintritten auch an den aussergewöhnlich hohen Beteiligungsraten bei den Volksabstimmungen seit Pandemiebeginn.

In absoluten Zahlen den stärksten Zuwachs meldete **Die Mitte**. Seit der Fusion von CVP und BDP (zuletzt 82'000 bzw. 4'000 Mitglieder) im Januar 2021 sei die Mitgliederzahl um 5'500 auf 91'500 gestiegen. Die Partei führte dies auch auf ihr Rebranding mit dem neuen Parteinamen zurück.

Einen nicht genauer bezifferten Nettozuwachs «im vierstelligen Bereich» meldete die **SVP**, deren Mitgliederzahl gemäss einer nicht datierten Angabe auf der Parteiwebsite 80'000 betrug. In jüngerer Vergangenheit sei die Mitgliederzahl nur nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative 2014 und nach der Nichtwiederwahl ihres Bundesrats Christoph Blocher 2007 noch stärker gestiegen. Der massnahmenkritische Kurs der Partei in der Coronapolitik führte gemäss ihren eigenen Angaben zwar zu Austritten älterer bisheriger Mitglieder, diese seien aber mehr als kompensiert worden durch jüngere Neumitglieder, die sich gerade von diesem Kurs angesprochen gefühlt hätten.

Die **SP** meldete 32'814 Mitglieder, was rund 1'400 Personen mehr seien als zwei Jahre zuvor. Es gebe aber schon seit 2015 einen kontinuierlichen Zuwachs. Ein Teil der Neumitglieder sei wegen der Coronapolitik zur SP gestossen, die Hauptgründe waren gemäss einer Neumitgliederbefragung aber Gespräche mit Bekannten, die bereits Parteimitglieder waren, und Ereignisse im Zusammenhang mit einzelnen Abstimmungen oder Wahlen.

Gar den grössten «Mitgliederboom» ihrer Parteigeschichte erlebten gemäss Parteipräsident Balthasar Glättli die **Grünen**: Die Mitgliederzahl sei in zwei Jahren um 2'300 auf 12'967 gestiegen, was wohl auf die Themenführerschaft der Grünen in der Klimapolitik zurückzuführen sei.

Am sechstmeisten Mitglieder hatte die **GLP**, die 6'800 Mitglieder meldete, was 1'700 mehr seien als zwei Jahre zuvor. Der starke Anstieg habe schon nach den für die GLP äusserst erfolgreichen Nationalratswahlen 2019 begonnen.

Keine Informationen zur aktuellen Mitgliederentwicklung hatte die **FDP** Schweiz. Man nehme aber «keine namhaften Schwankungen» wahr. Im Jahr 2019 hatte die Partei ihre Mitgliederzahl mit 120'000 beziffert.

Vergleicht man die gemeldeten Zahlen mit jenen aus dem Jahr 2013, so sind die Mitte und die SVP seither per Saldo geschrumpft, bei der FDP blieb die Mitgliederzahl stabil. Demgegenüber konnten die SP, die Grünen und die GLP ihre Mitgliederbasis seit 2013 verbreitern.<sup>1</sup>

## Jahresrückblick 2022: Parteien

Die Parteien als wichtige politische Akteure werden in der Öffentlichkeit besonders stark im **Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen** wahrgenommen. Mit den **Bundesratsersatzwahlen vom Dezember 2022** schnellte insbesondere die Medienpräsenz der SVP und der SP, in geringerem Mass auch jene der Grünen in die Höhe (siehe Abbildung 1 der APS-Zeitungsanalyse 2022 im Anhang).

Die **SVP** hatte dabei den zurücktretenden Ueli Maurer zu ersetzen. Zu reden gab dabei, dass die in den letzten Jahrzehnten tonangebende Zürcher Kantonalsektion erst nach längerer Suche überhaupt eine Kandidatur präsentieren konnte (alt Nationalrat Hans-

BERICHT  
DATUM: 31.12.2022  
HANS-PETER SCHAUB

Ueli Vogt), während die Berner Sektion mit Nationalrat Albert Röstli und Ständerat Werner Salzmann gleich zwei Kandidaten ins Rennen schicken konnte. Relativ früh zeichnete sich ab, dass es anders als bei früheren Bundesratswahlen bei der SVP zu keiner Zerreihsprobe und allfälligen Parteiausschlüssen kommen würde, da die anderen Fraktionen keine Ambitionen erkennen liessen, eine Person ausserhalb des offiziellen SVP-Tickets zu wählen, für das die SVP-Fraktion letztlich Vogt und Röstli auswählte. Schliesslich erhielt die SVP mit Albert Röstli einen Bundesrat, der als linientreu und gleichzeitig umgänglich im Ton gilt.

Die **SP** wiederum hatte nach dem überraschenden Rücktritt von Simonetta Sommaruga nur wenig Zeit für die Nominierung ihrer Kandidaturen. Für gewisse Turbulenzen sorgte hier der von der Parteispitze rasch und offensiv kommunizierte Antrag an die Fraktion, sich auf Frauenkandidaturen zu beschränken. Ständerat Daniel Jositsch (sp, ZH) rebellierte zunächst dagegen und gab seine eigene Kandidatur bekannt, zog diese aber wieder zurück, nachdem die SP-Fraktion dem Antrag der Parteispitze deutlich zugestimmt hatte. Mit einer «Roadshow» der Kandidatinnen in verschiedenen Landesteilen versuchte die SP trotz der knappen Zeit noch vom Schaufenstereffekt der Bundesratswahlen zu profitieren. Auf's Ticket setzte die Fraktion schliesslich die beiden Ständerätinnen und ehemaligen Regierungsrätinnen Eva Herzog (BS), die Mitglied der SP-Reformplattform ist und eher dem rechten Parteiflügel zugerechnet wird, und Elisabeth Baume-Schneider (JU), die als umgänglicher und weiter links stehend gilt. Im Parlament gingen in den ersten Wahlgängen überraschend viele Stimmen an den nicht auf dem Ticket stehenden Jositsch, bevor schliesslich Baume-Schneider den Vorzug vor Herzog erhielt. Wenig erbaut zeigte sich die SP von der anschliessenden Departementsverteilung, bei der Baume-Schneider das EJPD zugeteilt und Alain Berset ein angeblich gewünschter Wechsel aus dem EDI verwehrt wurde.

Dass weder die SVP noch die SP um ihre zweiten Bundesratssitze bangen mussten, hatte auch damit zu tun, dass sich die **Grünen**, die bei den letzten Gesamterneuerungswahlen noch mit einer Sprengkandidatur angetreten waren, selbst früh aus dem Rennen nahmen. Manche Beobachterinnen und Beobachter warfen den Grünen deswegen Harmlosigkeit und mangelnden Machtinstinkt vor. Die Grünen argumentierten dagegen, dass ein Angriff auf den SP-Sitz dem rot-grünen Lager keine Stärkung bringen würde und ein Angriff auf den SVP-Sitz aussichtslos gewesen wäre, weil das «Machtkartell» der bisherigen Bundesratsparteien keine Sitzverschiebungen wolle.

Alle 2022 durchgeführten **kantonalen Wahlen** wurden von den Medien auch als Tests für den **Formstand der Parteien** im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst 2023 interpretiert. Die grossen Zwischenbilanzen, die im März nach den kantonalen Wahlen in Bern, der Waadt, Obwalden und Nidwalden gezogen wurden, bestätigten sich im Wesentlichen auch in den folgenden Glarner und Zuger Wahlen (allerdings nicht in Graubünden, das wegen einem Wechsel des Wahlsystems jedoch einen Sonderfall darstellt): Die **«grüne Welle»** rollte weiter, zumal die Grünen und noch stärker die GLP fast durchwegs Zugewinne verbuchen konnten. Demgegenüber büssten alle vier Bundesratsparteien Stimmenanteile ein, am deutlichsten die SP. Spekulationen über Gewinne und Verluste bei den nationalen Wahlen und mögliche Auswirkungen für die Sitzverteilung im Bundesrat sind freilich zu relativieren, weil sich Themen- und Parteienkonjunktur bis im Oktober 2023 noch deutlich verändern können und sich kantonale Wahlergebnisse aus mehreren Gründen nicht einfach auf die nationale Ebene übertragen lassen.

Misst man den Rückhalt der Parteien an ihrem **Erfolg in den Volksabstimmungen**, so ergibt sich ein etwas anderes Bild: Am häufigsten – nämlich bei 8 von 11 Abstimmungsvorlagen – stand dieses Jahr die EVP mit ihren Parolen auf der Siegerseite, gefolgt von EDU, FDP, GLP und Mitte (je 7). Seltener jubeln konnten die Parteien an den linken und rechten Polen des Spektrums (Grüne, PdA, SP und SVP: je 6). Freilich ist nicht jede Abstimmungsvorlage für jede Partei gleich wichtig. So war etwa für die SP das knappe Ja zur AHV-21-Reform mit der Frauenrentenaltererhöhung besonders schmerzhaft, die beiden Nein zu den Teilabschaffungen von Stempel- und Verrechnungssteuer hingegen besonders erfreulich. Für FDP und SVP war es gerade umgekehrt, daneben war für sie auch die Ablehnung des Medienpakets ein bedeutender Erfolg.

Mit Blick auf ihre **Mitgliederzahlen** sahen sich derweil fast alle grösseren Parteien im Aufwind: GLP, Grüne, Mitte, SP und SVP meldeten im Vergleich zu 2020 Mitgliederzuwächse im vierstelligen Bereich, die FDP hatte keine Informationen zu ihrer aktuellen Mitgliederentwicklung. Ein Grund für die vermehrte Hinwendung zu den Parteien könnte sein, dass die stark alltagsrelevante Covid-19-Pandemie, die

intensivierte Diskussion um den Klimawandel und aussergewöhnlich intensive Abstimmungskämpfe etwa zur Konzernverantwortungsinitiative im November 2020 und zu den beiden Covid-19-Gesetzesvorlagen im Juni und im November 2021 viele Bürgerinnen und Bürger stärker politisiert haben.

Das Jahr brachte in der Schweizer Parteienlandschaft auch einige **strukturelle Veränderungen**. So ist mit der Gründung einer Kantonalsektion in Uri die GLP nun erstmals in sämtlichen Kantonen präsent. Bei der BDP fand zum Jahresbeginn der umgekehrte Weg seinen Abschluss: Am 1. Januar 2022 hörten die letzten beiden BDP-Kantonalsektionen auf zu existieren, nachdem die Partei auf nationaler Ebene schon ein Jahr davor in der Mitte aufgegangen war. Ganz aufgelöst wurde sodann die Partei national orientierter Schweizer (Pnos), die als parteipolitischer Arm der rechtsextremen Szene in der Schweiz gegolten hatte. Sie war im Parteiensystem nie über eine marginale Rolle hinausgekommen. Ihre Auflösung bedeutet allerdings nicht das Aussterben rechtsextremer Ideologien im Land, sondern lediglich das – vorläufige – Ende der parteipolitischen Aktionsform des Milieus.

Nachdem der Bundesrat im zu Ende gehenden Jahr das Gesetz und eine konkretisierende Verordnung zur **Transparenz der Politikfinanzierung** in Kraft gesetzt hat, werden sich die Parteien im neuen Jahr erstmals an die entsprechenden Regeln halten müssen. Die Parteien, die in der Bundesversammlung vertreten sind, haben unter anderem ihre Gesamteinnahmen sowie Zuwendungen von über CHF 15'000 offenzulegen.<sup>2</sup>

### Parteiensystem

Die **Mitteparteien CVP, FDP und BDP** diskutierten im Berichtsjahr **eine Strategie-Allianz**, um sich gegen die Polparteien SP und SVP besser zur Wehr setzen zu können. Die vorerst geheimen Absprachen gelangten aufgrund einer Indiskretion an die Sonntagspresse. Die drei Parteien dementierten die vermuteten strategischen Absprachen zur Rettung der Bundesratssitze und betonten, dass es bei den Sitzungen lediglich um die zukünftige Zusammenarbeit bei Sachthemen gegangen sei.<sup>3</sup>

In der Presse war Ende des Berichtsjahrs eine **Schätzung der Wahlkampfbudgets der Parteien** nachzulesen, die aufgrund der ebenfalls geschätzten Ausgaben bei den Wahlen 2007 sowie einigen Antworten auf entsprechende Anfragen bei den Generalsekretariaten beruhten. Dass Geld für den Wahlerfolg eine Rolle spiele, sei unbestritten. Die Wahlkampfbudgets seien jedoch sehr ungleich. Mit Abstand am meisten Mittel zur Verfügung habe die SVP (15 Mio.), gefolgt von der CVP (3 Mio.), der FDP (2.6 Mio.) und der SP (1.5 Mio.). Die kleineren Parteien (GP, GLP, BDP) hätten weniger als eine Viertelmillion zur Verfügung.<sup>4</sup>

Im Berichtsjahr wurden Bemühungen von bürgerlichen Parteien für einen vermehrten **bürgerlichen Schulterschluss** gegen die als taktisch geschickt und aufgrund der guten Vernetzung in linken Kreisen häufig erfolgreich wahrgenommene Allianz zwischen Links-Grün verstärkt. Dies zeigte sich etwa an Arbeitsgruppen zu Steuerthemen oder Gesundheitspolitik, denen Parlamentarier der CVP, FDP, SVP, GLP und BDP angehören, die sich während der Sessionen gelegentlich trafen. Auch die konzertierte Aktion gegen die Einheitskrankenkasse, als alle bürgerlichen Fraktionen mit Vorstössen gegen die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags durch den Bundesrat reagierten, wurde in der Presse als Zeichen für eine stärkere bürgerliche Zusammenarbeit gewertet. Darüber hinaus koordinierten sich die bürgerlichen Parteien in Abstimmungskampagnen erfolgreich zumindest gegen linke Volksbegehren, wie etwa die 1:12-Initiative oder die Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht. Dabei trug auch die SVP wieder vermehrt zu bürgerlichen Kompromissen bei. Auch das gemeinsam von SVP, FDP und CVP getragene Projekt für eine Initiative zum Schutz des Bankgeheimnisses wurde als Zeichen verbesserter Zusammenarbeit interpretiert. Zu einem eigentlichen Test der Solidität des bürgerlichen Lagers dürfte spätestens nach den Wahlen 2015 die Diskussion um die Besetzung der Regierung werden. Die SP, aber auch die BDP sprachen der FDP die Berechtigung auf zwei Sitze ab, da sich die Freisinnigen immer mehr zur Juniorpartnerin der SVP entwickeln würden.<sup>5</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 11.05.2010  
MARC BÜHLMANN

**WAHLEN**  
DATUM: 28.12.2010  
MARC BÜHLMANN

**ANDERES**  
DATUM: 13.10.2011  
MARC BÜHLMANN

PARTEICHRONIK  
DATUM: 06.12.2011  
MARC BÜHLMANN

Die **Zersplitterung der politischen Mitte**, die sich bei einigen Kantonswahlen zeigte und auch aus den nationalen Wahlen resultierte, fachte die Diskussion um eine Mittekoalition weiter an. Gespräche zwischen der CVP, der BDP und der GLP über eine mögliche Zusammenarbeit, kolportierte Fusionspläne aber auch das Szenario einer breiten Mitte-Allianz unter Einbezug der FDP waren häufige Pressethemen. Dabei stand neben wahltaktischen Listenverbindungen auch eine längerfristige inhaltliche Zusammenarbeit im Fokus der Gespräche. CVP-Fraktionschef Urs Schwaller (FR) versprach sich von einer „Neuen grossen Mitte“ mehr politischen Einfluss und die mögliche Sicherung der gefährdeten Bundesratssitze der sich aufsplitternden Mitte-Parteien. Relativ rasch kündigte die FDP an, die Bestrebungen für eine Allianz der Mitte nicht mitzutragen, da eine solche nicht kompatibel mit der Konkordanz sei. Nach den nationalen Wahlen wurde zumindest die Allianz zwischen BDP und CVP wieder ein Thema, insbesondere im Hinblick auf die Bundesratswahlen. Die CVP sollte mithilfe, Bundesrätin Widmer-Schlumpf zu bestätigen. Nach ihrer Wahlniederlage im Herbst verstärkte vor allem die CVP die Bemühungen für eine engere Zusammenarbeit mit BDP und GLP. Sogar eine Fusion mit der BDP wurde von den Christdemokraten ins Auge gefasst, etwa in Form einer Union nach Vorbild der CDU/CSU in Deutschland. Allerdings wurden die Pläne schnell begraben. Schliesslich kam es nicht einmal zu einer gemeinsamen Fraktion: sowohl die CVP als auch die BDP entschieden sich für getrennte Parlamentsfraktionen. Anfang Dezember gaben sich die beiden Parteien in einer offiziellen Verlautbarung bis Juni 2012 Zeit, geeignete Formen der Zusammenarbeit zu prüfen.<sup>6</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 17.10.2013  
MARC BÜHLMANN

Da die drei grossen bürgerlichen Parteien keine zentralen Mitgliederverzeichnisse führen, ist es praktisch nicht möglich, Entwicklungen hinsichtlich ihrer Organisationsstärke zu analysieren. International zeigt sich seit langem ein teilweise beträchtlicher **Mitgliederschwund**. Die SP, die ein zentrales Register führt, ist von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Zwischen 1992 und 2011 verloren die Sozialdemokraten rund 15% ihrer Mitglieder, wie der TA berichtete. Die SP wies 2011 noch 31'226 Mitglieder aus. Die von der FDP (120'000 Mitglieder), der CVP (100'000 Mitglieder) und der SVP (90'000 Mitglieder) auf Anfrage genannten Zahlen und insbesondere die Behauptung, dass diese über die letzten 20 Jahre stabil geblieben seien, wurden von Experten angezweifelt. Genauere Angaben lassen sich bei den kleineren Parteien machen, bei denen sich ein gegenteiliger Trend zeigt. Die Mitgliederzahl der Grünen nahm zwischen 2003 und 2012 von 4'779 auf 7'523 zu. Die BDP wuchs zwischen 2008 und 2012 von 3'500 auf 6'000 Mitglieder und die GLP hatte ihre Mitgliederzahl zwischen 2007 und 2012 verdreifacht (2012: 3'600 Mitglieder).<sup>7</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 19.04.2015  
MARC BÜHLMANN

Welche Partei steht ihrer Basis am nächsten? Dieser Frage ging eine Studie nach, die sich auf die VOX-Abstimmungsnachanalysen stützte und einen **Vergleich des Abstimmungsentscheids der Stammwählerinnen- und Stammwählerschaft mit der Parteiparole** anstellte. Dabei zeigte sich, dass die Basis der Grünen lediglich bei 6 Prozent aller eidgenössischen Abstimmungen zwischen 2004 und 2014 mehrheitlich von der Parole ihrer präferierten Partei abwichen, die BDP-Basis hingegen bei 16 Prozent. Zwischen diesen beiden Extremen fanden sich die SP (7%), die FDP und die GLP (je 13%), die SVP (14%) und die CVP (15%).

Die Verortung der Abstimmungen in einen politischen Raum, der die Dimensionen «links-rechts» und «konservativ-progressiv» umfasste, zeigte zudem, dass sich die Basis aller Parteien jeweils weniger extrem positioniert als die Partei selber. Mit anderen Worten finden sich die Sympathisantinnen und Sympathisanten von SP und GP im politischen Raum weniger weit links und weniger progressiv als ihre Partei, während die Anhängerinnen und Anhänger von GLP, BDP, CVP und FDP relativ zur Parteiposition jeweils etwas stärker links und konservativer verortet werden als ihre präferierte Partei. Weniger stark rechts als ihre Partei scheinen sich auch die Stammwählerinnen und Stammwähler der SVP einzuschätzen. Auf der Achse «konservativ-progressiv» verorten sich die Anhängerinnen und Anhänger der SVP allerdings gar noch konservativer als die Position ihrer Partei dies vermuten liesse.<sup>8</sup>



**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 20.06.2008  
SABINE HOHL

## Grosse Parteien

Die Delegierten der ehemaligen Graubündner SVP lehnten es am 16. Juni an einem ausserordentlichen Parteitag ab, gegen ihren Ausschluss bei der SVP-Delegiertenversammlung Rekurs einzureichen. In Graubünden war ein Parteiwechsel en bloc der ehemaligen Bündner SVP in eine Nachfolgepartei möglich, die SVP Graubünden musste nach ihrem Ausschluss nur eine Namensänderung vornehmen, die auch für die Bezirks-, Kreis- und Ortsparteien und für die Einzelmitglieder wirksam wurde. Die ausgeschlossene Bündner SVP wollte sich zunächst „Bürgerliche Partei Schweiz“ (BPS) nennen, nach einer Namensstreitigkeit mit einer Kleinpartei änderte man den Namen in „**Bürgerlich-demokratische Partei**“ (BDP). Noch im Juni wurde im Kanton Graubünden auch eine neue, linientreue Sektion der SVP gegründet. Im Kanton Bern zog die Gruppe Bubenberg Mitte Juni ihre Resolution für einen Austritt der Berner SVP aus der SVP Schweiz zurück und gründete am 21. Juni die „Bürgerlich-demokratische Partei“. Die Abspaltung schlug in der Berner SVP hohe Wellen. Die Delegierten der Berner SVP forderten die Dissidenten, darunter 16 der insgesamt 47 Grossräte, auf, ihre politischen Ämter abzugeben.<sup>9</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 12.06.2009  
SABINE HOHL

Nach dem Verstreichen des Ultimatums an Widmer-Schlumpf und ihre Kantonalsektion beschloss der SVP-Zentralvorstand am 18. Mai mit 84 zu 13 Stimmen, das Ausschlussverfahren gegen die Bündner SVP einzuleiten. Am 1. Juni fiel der materielle Entscheid für den Ausschluss, bei dem die Vertreter der Bündner SVP in den Ausstand treten mussten, mit 81 zu 5 Stimmen. Die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde damit problemlos erreicht. Die ausgeschlossene SVP Graubünden kündigte die **Gründung einer neuen Partei** für den 16. Juni an. Zur neuen Partei gehören würden die beiden bisherigen SVP-Regierungsräte Barbara Janom und Hansjörg Trachsler, sowie die Nationalräte Gadiant und Hassler, ebenso die meisten SVP-Grossräte im Bündner Parlament. Auch im Kanton Bern trat eine Gruppe von 35 Dissidenten um den Nationalrat Hans Grunder am 2. Juni an die Öffentlichkeit. Dazu gehörten auch SVP-Regierungsrat Urs Gasche und Ständerat Werner Luginbühl. Bereits seit April hatte es Berichte über die so genannte „Gruppe Bubenberg“ gegeben. Diese Gruppe verfolgte nun die Alternativen Austritt der ganzen Berner SVP aus der SVP Schweiz und Gründung einer neuen Partei. Eine Resolution mit der Austrittsforderung wurde an den Vorstand der Berner SVP gerichtet. Ein Austritt der ganzen Berner SVP hätte allerdings eine Zweidrittelmehrheit an der Delegiertenversammlung erfordert. Hans Grunder und Ursula Haller kündigten an, eine neue Partei zu gründen, falls dies nicht erreicht werde. Bundesrat Samuel Schmid sprach sich für einen Austritt der Berner SVP aus der nationalen Partei aus und machte bekannt, dass er einer allfälligen neuen Partei beitreten würde. Der ehemalige Vizepräsident der SVP Glarus, Martin Landolt, kündigte die Gründung einer neuen Partei im Kanton Glarus an. Die nationale SVP-Spitze reagierte gelassen auf die Abspaltungsfahr. Es handle sich nur um eine Flurbereinigung.<sup>10</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 24.10.2013  
MARC BÜHLMANN

Die Zusammenarbeit zwischen **CVP und BDP** war auch im Berichtsjahr Diskussionsgegenstand. Von einer Fusion war zwar 2013 explizit nicht mehr die Rede, anhand institutionalisierter Treffen der Bundeshausfraktionen und gemeinsam geführter Abstimmungskampagnen sollte aber eine schrittweise Annäherung vorgenommen werden. So wurden in der Presse etwa der gemeinsame Auftritt in der Abstimmungskampagne für den Preisaufschlag der Autobahnvignette oder ein gemeinsam verfasstes Diskussionspapier zu Migration und Personenfreizügigkeit als Zeichen einer weiteren Annäherung der beiden Parteien gewertet. Die Zusammenarbeit sollte aber nicht nur inhaltlich, sondern auch praktisch intensiviert werden. BDP-Präsident Landolt (GL) kündigte an, dass eine gemeinsame Wahlkampagne, die komplementär zu den je eigenständigen Kampagnen geführt werden sollte, sowie möglichst flächendeckende Listenverbindungen geplant seien.<sup>11</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 31.10.2014  
MARC BÜHLMANN

Die geplante schrittweise **Annäherung zwischen CVP und BDP** war auch 2014 im medialen Fokus, kam aber nicht voran. Nachdem man sich bereits 2013 gegen eine Fusion ausgesprochen hatte, wurden im Februar 2014 auch Pläne für eine gemeinsame Fraktion begraben. Während sich Neo-Fraktionspräsident Filippo Lombardi (cvp, TI) in einem Interview für eine gemeinsame Fraktion aussprach, relativierte BDP-Parteipräsident Martin Landolt (bdp, GL) diese Idee. In der Presse wurde gemutmasst, dass eine interne Arbeitsgruppe aus BDP- und CVP- Vertretern (Christophe Darbellay,

Gerhard Pfister und Pirmin Bischof bei der CVP sowie Martin Landolt, Lorenz Hess und Rosmarie Quadranti bei der BDP) Pläne für eine Union nach dem Vorbild der CDU-CSU in Deutschland schmiedete. Ziel sei vor allem die Verteidigung der jeweiligen Bundesratssitze. Gemeinsam kämen die beiden Parteien auf 17,7% Wählerstärke, was mindestens eine mathematische Legitimierung von zwei Sitzen in der Regierung bedeuten würde. Die medialen Spekulationen wurden von den Parteienvertretern wenn überhaupt nur sehr zurückhaltend interpretiert. Geplant sei eine Kooperation, nicht mehr aber auch nicht weniger. Angestrebt würden vor allem flächendeckende Listenverbindungen für die eidgenössischen Wahlen 2015. Die Basis der BDP, die bereits einer mittlerweile nicht mehr spruchreifen Fusion sehr skeptisch gegenüber stand, befürchtete auch in einer Union einen Identitätsverlust der noch jungen Partei. Ende August informierte die Arbeitsgruppe die Öffentlichkeit, dass die Fraktionen von CVP und BDP künftig unter dem Namen BDP-CVP-Union die Bundespolitik gemeinsam gestalten wollten. Beschlossen sei aber noch nichts, weil zuerst die Kantonalsektionen vertieft informiert werden müssten. Anfang Oktober wehte dem Plan dann aus eben diesen Kantonen ein steifer Wind entgegen. Insbesondere die BDP Graubünden, Heimatkanton der BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, lehnte jede strukturelle Verschmelzung kategorisch ab. Die Wählerschaft würde ein Zusammengehen mit der katholischen CVP nicht goutieren. In anderen Kantonen war man ebenfalls vonseiten der BDP nicht grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit, wollte aber nicht auf Eigenständigkeit verzichten. Definitiv war die Absage dann Ende Oktober. Die Gründe für das Nein – die in den letzten Jahren vorgenommene, beschwerliche Aufbauarbeit einer neuen Partei, die mit einer Union obsolet würde, sowie die in einzelnen Kantonen schwierige Zusammenarbeit – waren zwar nachvollziehbar. In der Presse, und hinter vorgehaltener Hand auch in der CVP, wurde aber von einem Fehlentscheid der BDP gesprochen. Die Unterstützung für Bundesrätin Widmer-Schlumpf werde durch den BDP-Entscheid nicht grösser, liess sich Gerhard Pfister (cvp, ZG) zitieren. Die CVP werde ihre Zusammenarbeit vermehrt wieder auf andere Parteien ausrichten. Es sei eine historische Chance verpasst worden. Die BDP war demgegenüber bemüht, den Ball flach zu halten. Die Kantonalsektionen hätten sich nicht nur zu einer Absage der Union, sondern auch zu einer Stärkung der lösungsorientierten Mitte bekannt. Daran wolle man weiterhin zusammen mit der CVP arbeiten.<sup>12</sup>

### Konservative und Rechte Parteien

PARTEICHRONIK  
DATUM: 20.09.2008  
SABINE HOHL

Die **Gründung der BDP** erfolgte zunächst in drei Kantonen: Im Juni in Graubünden (zuerst unter dem Namen BPS, der nach einer Namensstreitigkeit mit einer Kleinpartei wieder aufgegeben wurde) und in Bern, im August in Glarus. Durch Übertritte von bisherigen SVP-Vertretern in kantonalen Parlamenten und Regierungen verfügte die BDP schon bald über rund 50 Sitze in kantonalen Parlamenten und vier Sitze in kantonalen Regierungen (2 in Graubünden und je einen in Bern und Glarus). Als Kleinpartei war die BDP in der speziellen Situation, auf Anhieb zwei Vertreter, Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf, im Bundesrat zu haben. Schmid's Sitz ging aber nach seinem Rücktritt zurück an die SVP. Im nationalen Parlament konnte die BDP mit vier Vertretern im Nationalrat (Hansjörg Hassler, Brigitta Gadient, Ursula Haller und Hans Grunder) und einem Ständerat (Werner Luginbühl) bis Ende des Jahres keine eigene Fraktion bilden.<sup>13</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 01.11.2008  
SABINE HOHL

Auf nationaler Ebene wurde die **BDP Schweiz** am 1. November gegründet. Hans Grunder (BE), der die treibende Kraft bei der Gründung in Bern gewesen war, wurde einstimmig zum ersten Präsidenten gewählt, Vizepräsidentin wurde die Bündner Regierungsrätin Barbara Janom. Die Geschäftsleitung der BDP Schweiz besteht aus den Präsidenten der drei Kantonalsektionen Bern, Graubünden und Glarus, der Vorstand hat als zusätzliche Mitglieder die Vertreter der BDP im nationalen Parlament, die Präsidenten der Kantonalparteien, die BDP-Regierungsräte und den Leiter der Geschäftsstelle. In einem ersten Parteiprogramm mit 24 Punkten und in drei Positionspapieren sprach sich die BDP unter anderem für die Personenfreizügigkeit mit der EU aus, befürwortete Tagesstrukturen in der Volksschule und unterstützte das Bildungskonkordat Harnos. Die BDP sagte zudem Ja zum revidierten Betäubungsmittelgesetz und Nein zur Initiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern. In all diesen Stellungnahmen unterschied sie sich von der SVP. Die BDP unterstützte die Initiative für die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts und beschloss die Nein-Parole zur AHV-Flexibilisierungsinitiative des SGB sowie zur Hanfliberalisierungsinitiative.<sup>14</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 02.12.2008  
SABINE HOHL

Im November wurden in den Kantonen **Aargau und Thurgau** BDP-Kantonalsektionen gegründet. Auch aus Obwalden und Zürich wurden BDP-Gründungen gemeldet. Einen ersten Wahlerfolg konnte die BDP bei den Wahlen in der Stadt Bern erzielen: Sie erreichte einen Stimmenanteil von 7,8% und zog mit 6 Vertretern in das Parlament ein.<sup>15</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 02.02.2009  
SABINE HOHL

Im Januar wurde im **Wallis** eine neue Kantonalsektion der BDP gegründet. Damit überschritt die Partei auch ausserhalb des Kantons Bern erstmals die Sprachgrenze. Die Walliser Sektion wird im Oberwallis und im französischsprachigen Kantonsteil aktiv sein. Auch der Kanton St. Gallen erhielt im Januar eine BDP-Sektion.<sup>16</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 09.02.2009  
SABINE HOHL

Im Februar wurde im Kanton Glarus Martin Landolt (bdp) als Nachfolger von Werner Marti (sp) in den Nationalrat gewählt. Dies stellte für die BDP einen Meilenstein dar, da sie mit der Wahl Landolts eine **eigene Bundeshausfraktion** bilden konnte.<sup>17</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 21.03.2009  
SABINE HOHL

An der **ersten Delegiertenversammlung der BDP Schweiz** am 21. März in Thun befürworteten die Delegierten den Verfassungsartikel „Zukunft mit Komplementärmedizin“ mit 45 zu 33 Stimmen. Die Einführung des biometrischen Passes wurde mit grossem Mehr angenommen. Die BDP setzte sich zum Ziel, bei den eidgenössischen Wahlen 2011 zehn Sitze zu holen.<sup>18</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 31.10.2009  
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung in Chur Ende Oktober feierte die BDP Schweiz ihr **einjähriges Jubiläum**. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Partei schweizweit ca. 6000 Mitglieder. Parteipräsident Hans Grunder wies darauf hin, dass das Jahr 2010 für die BDP ein entscheidendes sein dürfte, da in Bern, Graubünden und Glarus – also in den drei Gründungskantonen der BDP – kantonale Wahlen anstehen. Bei diesen müsse eine gute Ausgangslage für die eidgenössischen Wahlen 2011 geschaffen werden. Die Delegierten lehnten die Anti-Minarett-Initiative mit 108 zu 3 Stimmen ab, die GSoA-Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten wurde mit 112 zu einer Stimme noch deutlicher verworfen. Hingegen stimmten die Delegierten der Vorlage zur Spezialfinanzierung des Luftverkehrs zu.<sup>19</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 31.12.2009  
SABINE HOHL

Die Etablierung der BDP in den Kantonen gestaltete sich nicht immer einfach. Die BDP Schweiz verbot der im Vorjahr gegründeten BDP Obwalden, den Parteinamen zu führen – diese hatte zu wenige Mitglieder und war nur im Hauptort Sarnen vertreten. Daraufhin stellte die BDP Schweiz **Mindestanforderungen für die Gründung von Kantonalsektionen** auf. Im Kanton Zürich gelang im Mai der Neustart der Sektionsgründung, bei der es zunächst ebenfalls Schwierigkeiten gegeben hatte. Präsident der Zürcher Sektion wurde nun der Dübendorfer Stadtpräsident Lothar Ziörjen, Vizepräsidentin alt SVP-Nationalrätin Lisbeth Fehr. Im Juni wurde im Kanton Solothurn eine BDP-Sektion gegründet, im August kam eine Sektion im Kanton Schwyz hinzu.<sup>20</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2009  
MARC BÜHLMANN

Im Aargau gab die BDP im Berichtsjahr ihr **kantonales Wahl-Debüt**. Sie gewann vier Sitze und ist nun in vier Kantonen (AG, BE, GL, GR) im Parlament vertreten.

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 18.01.2010  
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung im Januar grenzte sich die BDP als **Wirtschaftspartei** von der SVP ab. Zudem wurden zwei Positionspapiere zur Landwirtschaft und zur Armee vorgelegt.<sup>21</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 16.08.2010  
MARC BÜHLMANN

Bei der Delegiertenversammlung in Solothurn machte sich der ehemalige Bundesrat Samuel Schmid für den Erhalt der **Konkordanz** stark. Dafür brauche es aber auch eine gewisse Distanz zur Parteipolitik.<sup>22</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 01.11.2010  
MARC BÜHLMANN

Eine weitere Abgrenzung zur SVP nahm die BDP an der insgesamt sechsten **Delegiertenversammlung** seit ihrer Gründung im November in Wallisellen vor. Sie lehnte die Ausschaffungsinitiative einstimmig ab und nahm den Gegenvorschlag ebenso deutlich an. Auch die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP wurde abgelehnt.<sup>23</sup>

#### WAHLEN

DATUM: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Die BDP musste sich im Berichtsjahr gleich in drei **kantonalen Wahlen** als neue Partei bewähren. Sowohl in Bern als auch in Graubünden und Glarus trat die Partei zum ersten Mal zu den Wahlen an. Während in Bern und in Glarus die neu formierte BDP als Herausforderin der SVP und Aussenseiterin antrat, hatte in Graubünden die SVP diese Rolle. In Bern kam die BDP auf Anhieb auf 16% der Wählerstimmen und gewann 25 Sitze, die allerdings nicht auf Kosten der SVP, sondern vor allem der FDP und teilweise der SP gingen. Mit der kantonalen Parteipräsidentin Beatrice Simon verteidigte die BDP auch erfolgreich ihren Berner Regierungssitz. Im Kanton Glarus vermochte die BDP ebenfalls auf Kosten der FDP und der CVP und nur teilweise zulasten der SVP 16.6% Wähleranteile sowie zehn Sitze zu gewinnen und ihren Regierungssitz zu verteidigen. In Graubünden errang die BDP 26 Sitze und stellt 2 Regierungsräte.<sup>24</sup>

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr wurden in den Kantonen Basel-Landschaft, Luzern und Freiburg weitere **Kantonalsektionen** gegründet, womit sich ihre Anzahl auf 13 erhöhte. Schweizweit zählte die Partei im April des Berichtsjahrs rund 6000 Mitglieder. Im September wurde schliesslich im Kanton Neuenburg die erste rein französischsprachige Sektion gegründet. In den Kantonen Schaffhausen und Waadt wurde im Berichtsjahr ebenfalls die Gründung von Sektionen diskutiert.<sup>25</sup>

#### WAHLEN

DATUM: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Im Jahr 2010 musste die BDP gleich in all ihren Gründungskantonen (BE, GL, GR) einer Gesamterneuerungswahl stellen. Sie bestand die **Feuerprüfung erfolgreich** und war am Ende des Jahres mit 65 von total 2608 Sitzen in Kantonalen Parlamenten vertreten. In allen drei Kantonen trat die BDP auch für die Regierungswahlen an. Im Kanton Glarus, wo die SVP nicht angetreten war, sowie im Kanton Graubünden verteidigte sie mit Robert Marti (GL) sowie Barbara Janom Steiner und Hansjörg Trachsel (GR) ihre Sitze gegen die Mutterpartei. Im Kanton Bern musste die BDP den vakanten Sitz von Urs Gasche verteidigen. Dieses Vorhaben setzte sie mit der Kandidatur von Beatrice Simon erfolgreich in die Tat um und wehrte den Angriff der SVP, welche mit Albert Röstli angetreten war, ab.

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 17.01.2011  
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung Mitte Januar in Liestal beschloss die BDP mit 82 zu 27 Stimmen die Nein-Parole zur **Waffenschutzinitiative**. Ein Antrag auf Stimmfreigabe wurde abgelehnt.<sup>26</sup>

#### WAHLEN

DATUM: 05.02.2011  
MARC BÜHLMANN

**Wahlziele** der 2008 gegründeten und erstmals bei nationalen Wahlen antretenden BDP waren die Verdoppelung der Nationalratsmandate von fünf auf zehn und die Verteidigung des Berner Ständeratssitzes. Parteipräsident Hans Grunder (BE) gab an, vor allem auf Wählerstimmen in der Mitte und auf dem Land abzielen und so gesamtschweizerisch 5% der Wählerschaft hinter sich bringen zu wollen. Man wolle Personen ansprechen, die sich in der bestehenden Schweizer Politlandschaft nicht mehr aufgehoben fühlen. Mit einer verstärkten Zusammenarbeit der Mitteparteien wurde zudem die Verteidigung des Bundesratssitzes von Eveline Widmer-Schlumpf anvisiert. Eine Fusion mit der CVP schloss Grunder aber aus. Für den Wahlkampf stehe ein Budget von rund CHF 400'000.- zur Verfügung.<sup>27</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 25.03.2011  
MARC BÜHLMANN

Weil er aufgrund der Atomausstiegspläne der BDP einen Interessenskonflikt befürchtete, trat der Berner Kantonalpräsident **Urs Gasche** Ende März zurück. Der ehemalige Berner Regierungsrat ist Verwaltungsratspräsident der Berner BKW – Betreiberin AKW des Mühleberg. Gasche kandidierte jedoch für den Nationalrat, wo er für die Berner Sektion einen Sitz eroberte.<sup>28</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 10.04.2011  
MARC BÜHLMANN

Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima reagierte die BDP relativ rasch und als erste bürgerliche Partei mit einem **Positionspapier zu einem Atomausstieg**. Dieser müsse längerfristig geplant werden, aber bis 2040 erfolgen. Die ursprüngliche in der Wahlplattform vom Februar verankerte Haltung, sich bei einer allfälligen Versorgungslücke nicht gegen den nötigen Bau neuer AKWs zu stemmen bzw. den Atomausstieg erst dann zu befürworten, wenn ökologisch und ökonomisch sinnvolle und realisierbare Alternativen bestünden, wurde im Anfang April vorgelegten Ausstiegskonzept nicht mehr erwähnt. Der befürchteten Versorgungslücke müsste mit der gezielten Förderung erneuerbarer Energieformen entgegengetreten werden. Ein Plan B sah den Bau von Gaskombi-Kraftwerken vor, wobei die CO<sub>2</sub>-Kompensation im Ausland geleistet werden müsse.<sup>29</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 15.06.2011  
MARC BÜHLMANN

Die BDP hatte Mühe, sich thematisch zu profilieren. Sie zehrte vor allem vom Charisma ihrer Bundesrätin und ihrer Frische als junge Partei. Davon zeugte auch ihr Wahlslogan „DIE neue Kraft“. Die BDP wollte aber kein „Widmer-Schlumpf-Fan-Club“ sein, sondern im Wahlkampf auch mit **Themen** punkten. Ein erstes Papier mit einem ganzen Strauss an möglichen Inhalten wurde Mitte Januar an der Delegiertenversammlung in Liestal präsentiert. Der Wahlkampf startete dann mit einer Pressekonferenz Mitte März. Diese fand später als geplant statt, da die Plakatkampagne aufgrund der Weigerung von Eveline Widmer-Schlumpf, dafür ihr Konterfei zur Verfügung zu stellen, neu kreiert werden musste. An besagter Pressekonferenz gedachte die BDP sich als „echte bürgerliche Alternative“ zu präsentieren: Eine Schuldenbremse für die Sozialversicherungen, die Aufhebung der Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, das Ende der steuerlichen Ungleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren, ein Ausbau der flankierenden Massnahmen bei der Personenfreizügigkeit, Blockzeiten in der Grundschule sowie eine stärkere Gewichtung von naturwissenschaftlichen Fächern an Grund- und Mittelschulen sollten die potenziellen Wählerinnen und Wähler ansprechen. Anlässlich der Delegiertenversammlung Ende März in Sempach gab die Partei den bewussten Verzicht auf eine Volksinitiative als Wahlköder bekannt.<sup>30</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 13.08.2011  
MARC BÜHLMANN

Im Sommer legte die BDP ein Acht-Punkte-Programm gegen die **Frankenstärke** vor und wollte dabei nicht auf Steuersenkungen, sondern auf gezielte und befristete Entlastungsmassnahmen setzen. Gefordert wurden unter anderem die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Tourismusbranche auf 2.5%, eine Abgabentlastung für stark betroffene Exportfirmen, aber auch der Ausbau kantonaler Wirtschaftsförderungsprogramme und die Beschleunigung von Bewilligungsfragen.<sup>31</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 21.09.2011  
MARC BÜHLMANN

Im September wählte die BDP-Fraktion, die erst mit der Wahl des Glarner Nationalrats Martin Landolt Anfang 2009 Fraktionsstärke erreicht hatte, Hansjörg Hassler (GR) zum neuen **Fraktionspräsidenten**. Er löste die nicht mehr kandidierende Brigitta Gadiant (GR) ab.<sup>32</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 03.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Für Verwirrung sorgte die Haltung der BDP-Nationalräte in der Frage der **Kampfflugzeugbeschaffung** in der Herbstsession. In der Sonntagspresse wurde kolportiert, dass die Mitglieder der BDP-Fraktion aufgrund eines Versehens nicht wie geplant gestimmt hätten und dass dadurch ein Referendum über die Beschaffung der Kampffjets verhindert worden sei. Tatsächlich war das entsprechende Abstimmungsergebnis relativ knapp ausgefallen (98 zu 93 Stimmen) und ein Grossteil der CVP-Fraktion war offenbar erst im letzten Moment noch umgeschwenkt. Die BDP-Nationalräte liessen jedoch verlauten, dass ihre Entscheidung bewusst gewesen sei und sie in der Referendumsfrage dem SiKo-Mitglied Ursula Haller gefolgt sei, die ein Finanzreferendum aus rechtlichen Gründen zur Ablehnung empfohlen habe.<sup>33</sup>

## WAHLEN

DATUM: 23.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Nach dem Ausschluss der Bündner Sektion aus der SVP und der Solidarisierung von Teilen der Glarner und der Berner SVP mit den Bündnern war es 2008 zur Gründung der BDP gekommen. Bis zum nationalen Wahltermin hatte die Partei erfolgreich einige kantonale Wahlen bestritten: In den drei Gründerkantonen erhielt sie über 15% der Wählerstimmen und auch in den Kantonen Aargau (2009), Zürich, Freiburg und Basel-Landschaft war sie in der kantonalen Legislative vertreten. Insgesamt waren 16 kantonale Sektionen aufgebaut worden – darunter die 2011 gegründeten Sektionen in der Waadt und Basel-Stadt – die sich alle zum ersten Mal an den **Nationalratswahlen** beteiligten. In der Innerschweiz (UR, OW, NW, ZG), in Schaffhausen, den beiden Appenzell, im Tessin sowie in Genf und Jura war die neue Mittepartei noch nicht organisiert und trat nicht an. Durch Parteiwechsel hatte die BDP bereits vor den Wahlen über je zwei Nationalratsmandate aus den Kantonen Bern und Graubünden, aufgrund von Nachwahlen über ein Glarner Mandat, verfügt. Der Sitz aus Glarus war praktisch unbestritten und wurde locker verteidigt (61,7%). In Bern wurde die Sitzzahl verdoppelt (neu: 4 Sitze). Ein Siebtel der Berner Wählerschaft entschied sich für die BDP (14,9%). In Graubünden konnte hingegen nur einer der beiden Sitze gehalten werden. Der BDP-Mann Hansjörg Hassler erzielte zwar das beste Resultat aller Kandidierenden, ein Wähleranteil von 20,5% reichte aber nicht für einen zweiten Sitz. Sitzgewinne konnte die BDP hingegen in den Kantonen Zürich (neu 2 Sitze, 5,3%) und Aargau (neu 1 Sitz, 6,1%) feiern. Die Wählergewinne in den kleineren Kantonen Luzern (2,1%), Schwyz (3,4%), Solothurn (4,4%), Basel-Stadt (2,2%), Basel-Landschaft (6,4%) St. Gallen (3,8%) und Thurgau (5,0%) reichten hingegen nicht für ein Mandat. Nur wenige Wähler vermochte die BDP in der Romandie zu mobilisieren: Wähleranteile von 1,9% in Freiburg, 0,8% im Kanton Waadt, 0,6% im Kanton Wallis und 1,5% im Kanton Genf reichten ebenfalls nicht für einen Nationalratssitz. Mit total neun Sitzen und einem gesamtschweizerischen Wähleranteil von 5,4% erreichte die BDP Fraktionsstärke.<sup>34</sup>

## ANDERES

DATUM: 23.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Die Verteidigung des einzigen Ständeratssitzes gelang der BDP relativ locker. Zwar musste Werner Luginbühl bei den **Ständeratswahlen** im Kanton Bern zu einem zweiten Wahlgang antreten, wurde dann aber deutlich wiedergewählt. In den Kantonen Wallis und Neuenburg, wo die BDP ebenfalls einen Angriff auf einen Sitz in der kleinen Kammer lanciert hatte, blieb sie jedoch glücklos. Die Ständeratskandidatur im Kanton St. Gallen musste gar zurückgezogen werden.

## PARTEICHRONIK

DATUM: 24.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Für einigen Wirbel sorgte kurz vor den Nationalratswahlen die Untersuchung wegen Verdachts strafbarer Handlungen gegen die sexuelle Integrität, die gegen **Jürg Gehrig** eingeleitet wurde. Gehrig – erst im Sommer zur noch jungen BDP St. Gallen gestossen – war innert kurzer Zeit zum Spitzenkandidaten für die National- und Ständeratswahlen aufgebaut worden. Der Unternehmer war vorher bereits Mitglied der Autopartei, der FDP und der SVP gewesen. Aufgrund des drohenden Strafverfahrens zog Gehrig auf Aufforderung der Partei seine Kandidatur zurück. Die Affäre wurde als Hauptgrund für den Misserfolg der Sankt Galler BDP bei den Nationalratswahlen bezeichnet.<sup>35</sup>

## WAHLGESCHÄFT

DATUM: 23.12.2011  
MARC BÜHLMANN

Auch wenn die Partei im Wahlkampf mit Themen in Erscheinung zu treten versuchte, berichteten die Medien praktisch nur im Zusammenhang mit den Spekulationen über die Wiederwahl ihrer Bundesrätin über die BDP. Zahlreiche mögliche Abwehrszenarien gegen den Angriff der SVP auf den BDP-Regierungssitz wurden erörtert. Dabei wurde immer wieder eine Fusion mit der CVP diskutiert, die von der BDP jeweils deutlich abgelehnt wurde. Indem sie sich etwa an der Delegiertenversammlung Mitte September in Zofingen scharf von der SVP-Politik abgrenzte und sich als verlässliche, konstruktive und lösungsorientierte Alternative zur Volkspartei präsentierte, versuchte die BDP deutlich zu machen, dass sie die bessere Wahl sei. Als wichtig wurde in den Medien zudem die Positionierung der Regierung in der Atomausstiegsfrage beurteilt, welche Widmer-Schlumpf aktiv mitgetragen hatte und welche ihr eine Mehrheit in der Bundesversammlung beschern könnte. Das gute Abschneiden bei den Nationalratswahlen wurde zudem als Kompliment für die BDP-Bundesrätin gewertet. Bei den **Bundesratswahlen** wurde Widmer-Schlumpf, die laut eigener Aussage selber nicht mit ihrer Wiederwahl gerechnet hatte, dann tatsächlich glänzend bestätigt. Sie erhielt mit 131 Stimmen wahrscheinlich die Unterstützung aller Parlamentarier mit Ausnahme der SVP- und der FDP-Fraktion, welche sich auf die SVP-Herausforderer Rime (41 Stimmen) und Walter (63 Stimmen) verteilten. Mit 174 Stimmen wurde die BDP-Magistratin auch zur neuen Bundespräsidentin gewählt.<sup>36</sup>

#### WAHLEN

DATUM: 31.12.2011  
MARC BÜHLMANN

Von den im Berichtsjahr in sieben Kantonen (AI, AR, BL, FR, LU, TI und ZH) stattfindenden **kantonalen Parlamentswahlen** trat die BDP bei deren vier an. Insgesamt eroberte die BDP dabei zwölf kantonale Legislativmandate. Die Hälfte davon konnte im Kanton Zürich gewonnen werden, wo die BDP auf Anhieb 3,5% der Zürcher Wählerschaft von sich überzeigte. Im Kanton Basel-Landschaft reichte ein Wähleranteil von 5,5% für vier Landratsmandate. Im Kanton Freiburg konnte die BDP hingegen wie schon bei den Nationalratswahlen nur schwach mobilisieren. Trotzdem holte sie auch hier zwei Mandate (1,7% Wähleranteil). Einzig in Luzern blieb die neue Mittepartei erfolglos. Die Bürgerlichdemokraten überzeugten zwar auch hier 1,7% der Wählerinnen und Wähler, dieser Anteil reichte in Luzern allerdings knapp nicht für einen Parlamentssitz. Ende des Berichtsjahrs hielt die BDP damit 77 kantonale Mandate, wovon knapp vier Fünftel in den Gründerkantonen Bern (25 Sitze), Graubünden (26 Sitze) und Glarus (10 Sitze).

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 30.01.2012  
MARC BÜHLMANN

Die BDP feierte im Berichtsjahr nach ihrer Gründung 2008 ihr **vierjähriges Bestehen** und konnte bereits auf einige Erfolge zurückblicken. An der Delegiertenversammlung Ende Januar in Ebnet Kappel feierte die Partei die erfolgreiche Wiederwahl ihrer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und deren Wahl zur Bundespräsidentin. Die zehn Sitze im nationalen Parlament bedeuteten ein Ende der Zeiten des Spotts und Hohns, führte Noch-Parteipräsident Hans Grunder (BE) aus.<sup>37</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 30.01.2012  
MARC BÜHLMANN

Anfang Jahr warf die BDP einigen Exponenten der SVP bei der **Affäre Hildebrand** eine Doppelmoral vor. Das Ziel sei ein persönlicher Rachefeldzug gewesen. Die BDP wolle sich hingegen für Sachpolitik einsetzen.<sup>38</sup>

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 07.05.2012  
MARC BÜHLMANN

Auf Anfang Mai trat der Berner Nationalrat Hans Grunder als **Parteipräsident** zurück. Grunder war bei der Gründung der BDP in Bern im Herbst 2008 ein führender Kopf und zusammen mit Eveline Widmer-Schlumpf verantwortlich für den raschen Aufbau der Partei. Mit dem Rücktritt wolle er für eine personelle und programmatische Weiterentwicklung sorgen. Neu wurde das Präsidium mit zwei Vizepräsidenten und einem Präsidenten aufgebaut. Als neuer Präsident wurde Anfang Mai der Glarner Martin Landolt per Akklamation gewählt, auch er ein BDPLer der ersten Stunde. Zu reden gab die Kaderposition Landolts bei der UBS, die zu Interessenskonflikten mit der BDP-Finanzministerin sowie zu einem Bankenimage der Partei führen könnten. Landolt selber sagte, dass seine Tätigkeit in der Bank kein Lobbying umfasse. Er reduziere sein berufliches Pensum zudem auf 40%. Landolt hatte in Näfels (GL) die SVP-Lokalsektion neu aufgebaut, bevor es zum Bruch mit der Volkspartei kam, deren Zürcher Linie er nicht teilen wollte. Er trat nach dem Ausschluss der SVP Graubünden aus der SVP aus und gründete zuerst eine Liberale Fraktion bevor er dann zusammen mit der Bündner und der Berner BDP die Glarner Sektion aufbaute. Als erster BDP-Politiker überhaupt war Landolt bei Ersatzwahlen 2009 als Nachfolger des 2008 zurücktretenden SP-Nationalrates Werner Marti in ein nationales Amt gewählt worden und hatte damit den vier übergelaufenen BDP-Nationalräten unverhofft zu Fraktionsstärke im eidgenössischen Parlament verholfen. Als wichtigstes Ziel bezeichnete Landolt den Ausbau der jungen Partei und die Gründung neuer kantonaler Sektionen. Ins Vizepräsidium wurden der Berner Nationalrat Lorenz Hess und die Bündner Regierungsrätin Barbara Janom Steiner gewählt.<sup>39</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 07.05.2012  
MARC BÜHLMANN

Die gewünschte inhaltliche Abgrenzung der BDP von der SVP, von der sie sich 2008 abgespalten hatte, war auch in der **Parolenfassung** zu den eidgenössischen Volksabstimmungen sichtbar. In fünf von zwölf Fällen unterschieden sich nämlich die Empfehlungen der beiden Parteien. Zwar fassten die Delegierten im Januar die gleichen Parolen wie die SVP – drei Nein zu Zweitwohnungsinitiative, Ferieninitiative (jeweils mit grosser Mehrheit bei einer Enthaltung) und Buchpreisbindung (mit 59 zu 41 Stimmen bei einer Enthaltung) und zwei Ja zu Bausparinitiative (mit 69 zu 38 Stimmen bei zehn Enthaltungen) und Geldspielbeschluss – diese Empfehlungen entsprachen aber einer rechtsbürgerlichen Position, da auch die FDP die genau gleichen Parolen fasste. Die Unterschiede zur SVP zeigten sich in der Folge bei der Parolenfassung im Mai in Glarus, wo die Delegierten gegen den Vorschlag des Parteivorstandes mit 100 zu 95 Stimmen zwar wie die SVP ein Nein gegen die Managed Care-Vorlage beschloss, sich mit dem Nein zur Staatsvertrags-Initiative (mit einer Gegenstimme) und der Stimmfreigabe zur

Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“ aber von der SVP-Position unterschied. Auch das Ja zur Jugendmusikförderung und das Nein zur Initiative „Sicheres Wohnen im Alter“ – beide Parolen wurden von der Parteileitung gefasst – grenzte die BDP inhaltlich von der SVP ab. Gleich wie die SVP empfahlen die BDP-Delegierten in Basel allerdings die Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ zur Ablehnung. Im Oktober in Genf befürworteten die Delegierten schliesslich das Tierseuchengesetz, das von der SVP zur Ablehnung empfohlen wurde.<sup>40</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 06.06.2012  
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung im Mai in Glarus schloss der neue BDP-Präsident Martin Landolt kategorisch jedwede **Fusion** aus – sei dies mit der CVP, der GLP oder gar der SVP. Dies schliesse natürlich die inhaltliche Zusammenarbeit nicht aus. Nach den nationalen Wahlen hatten die CVP und die BDP eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die mögliche Formen der Zusammenarbeit ausloten sollte. Über eine Fusion war in den Medien insbesondere vor den Bundesratswahlen heftig spekuliert worden. Anfang Juni wurden die Resultate einer Arbeitsgruppe CVP-BDP präsentiert. Geeinigt hatte man sich auf gegenseitige Unterstützung bei den Wahlen 2015 und gemeinsame Kampagnen bei Abstimmungen. Die Arbeitsgruppe hatte auch eine Fusion zumindest theoretisch erörtert, war aber auf den Schluss gekommen, dass dies parteiintern nicht goutiert werden würde. Am 31. August führten die CVP und die BDP die erste gemeinsame Fraktionssitzung durch.<sup>41</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 20.10.2012  
MARC BÜHLMANN

Mit der Gründung einer **Jungen BDP** wollte die Partei einen Pool für die Mitglieder unter 35 Jahren schaffen. Allerdings sollte die Jungpartei einen sehr engen Kontakt halten und sich formell nicht von der Mutterpartei trennen. Zum Koordinator der Jungen BDP wurde Filip Winzap (BL) bestimmt.<sup>42</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 22.10.2012  
MARC BÜHLMANN

Um in der Westschweiz besser Fuss fassen zu können, setzte die BDP mit Caroline Brennecke eine **Parteikoordinatorin** ein, deren Aufgabe die Entwicklung der BDP in der Romandie sei. Zwar gab es bereits Sektionen in den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt und Wallis, der Erfolg war aber – abgesehen von zwei Freiburger Sitzen im kantonalen Parlament und einigen Abgeordneten im Neuenburger Stadtparlament – bisher eher bescheiden. Ziel der Koordinatorin war es, der Partei, die im französischsprachigen Teil der Schweiz als etwas „trop suisse alémanique“ wahrgenommen werde, neue Wählerschaft im Kanton Genf, wo die Gründung einer weiteren Kantonalpartei für 2013 geplant war, und längerfristig auch im Kanton Jura zu erschliessen. Die Delegiertenversammlung Mitte Oktober in Genf war eine weitere Referenz an die französische Schweiz.<sup>43</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 27.11.2012  
MARC BÜHLMANN

Erfolg ziehe auch **Profilierungssüchtige** an, gab der scheidende Präsident Hans Grunder zu Protokoll und erinnerte an die Affäre um einen BDP-Kandidaten in St. Gallen. Weitere Probleme bescherte der Partei die von vier Personen allerdings ohne Absprache mit der Mutterpartei gegründete Sektion Obwalden, gegen die sich die nationale BDP zur Wehr setzen musste, da sie das Logo missbräuchlich verwendete. In mehreren Kantonalsektionen kam es im Berichtsjahr zudem zu Eklat: Im Januar traten der Präsident und der Vizepräsident der BDP Baselland mit sofortiger Wirkung zurück. Als Grund wurde fehlende Vertrauensbasis angegeben. Ebenfalls Anfang Jahr traten im Kanton Solothurn der Parteipräsident und ein Amtsparteipräsident zurück. Beide gaben den Austritt aus der Partei bekannt. Auch im Kanton Freiburg sorgte eine Rücktrittswelle im September für Missstimmung. Gleich fünf Vorstandsmitglieder traten aus der kantonalen Sektion zurück, die in der Folge weiter unter internen persönlichen Spannungen zu leiden hatte. Erst mit der Wahl des neuen Kantonalpräsidenten Sandro Arcioni beruhigte sich die Situation etwas.<sup>44</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 27.12.2012  
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung im Januar setzte sich die BDP sieben **Schwerpunkte** für die kommende Legislatur. Sie wolle sich insbesondere für Lösungen in der EU- und Asylpolitik einsetzen und Vorschläge für eine bessere Energie- sowie Bildungs- und Mobilitätspolitik erarbeiten. Darüber hinaus sah die Partei Handlungsbedarf bei der Sicherung der Sozialwerke und bei den Rahmenbedingungen der KMU. In der Presse wurde der BDP aber nach wie vor Schwammigkeit und unklare Positionierung vorgeworfen.<sup>45</sup>



#### WAHLEN

DATUM: 31.12.2012  
MARC BÜHLMANN

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte der nationale Erfolg teilweise bestätigt werden. In den Kantonen St. Gallen und Thurgau trat die BDP erstmals an und gewann zwei (SG) bzw. fünf (TG) Mandate. Kein Erfolg war den Bürgerlichdemokraten allerdings in den Kantonen Waadt, Schwyz und Basel beschieden, wo sie ebenfalls zum ersten Mal antraten, aber keinen Sitz holen konnten. Über zwei zusätzliche Sitze konnte sich die BDP im Kanton Aargau freuen. Dort war die Partei nach 2009 zum zweiten Mal angetreten. Mit den insgesamt neun zusätzlichen Sitzen hielt die BDP Ende Berichtsjahr 86 kantonale Legislativmandate, 15 mehr als die etwa gleichaltrige GLP. Im Gegenteil zu den breiter abgestützten Grünliberalen konzentrierten sich die Sitze der BDP allerdings vorwiegend auf die drei Gründerkantone Glarus (10 Sitze), Bern (25 Sitze) und Graubünden (26). In diesen drei Kantonen besass die BDP Ende 2012 auch ihre vier Regierungsmandate.

#### WAHLEN

DATUM: 31.01.2013  
MARC BÜHLMANN

Im Vergleich zu den Vorjahren war der Erfolg bei **kantonalen Wahlen** eher bescheiden. Die BDP trat in drei der vier Kantone, in denen Gesamterneuerungswahlen für die Parlamente anstanden, mit relativ dünn besetzten Listen zum ersten Mal an, hatte aber nur in Solothurn Erfolg, wo zwei Sitze und knapp 3% Wähleranteil erobert werden konnten. Sowohl in Genf als auch in Neuenburg verfehlte die BDP einen Sitzgewinn deutlich und konnte jeweils weniger als 1% der Wählerschaft von sich überzeugen. Im Kanton Wallis war die Partei nicht angetreten. Weil aufgrund von Parteiwechselln auch noch die beiden Sitze im Kanton Freiburg verlustig gingen, war die BDP in der Romandie überhaupt nicht mehr in der Legislative vertreten. Sie konnte also im Berichtsjahr nichts gegen ihr Image einer Partei tun, die in der Westschweiz als „trop suisse alémanique“ wahrgenommen wird. Insgesamt verfügte die BDP Ende Berichtsjahr über 88 Sitze, wobei der erwähnte Parteiwechsel der beiden Grossräte im Kanton Freiburg Anfang Jahr zur CVP das Resultat noch auf 86 Sitze drückte. In die ordentlichen und ausserordentlichen kantonalen Regierungswahlen griff die BDP im Berichtsjahr nicht aktiv ein.<sup>46</sup>

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 31.01.2013  
MARC BÜHLMANN

Die 2011 in Freiburg eroberten Grossratssitze gingen Anfang Berichtsjahr verlustig. Weil die beiden Grossräte zur CVP wechselten, war die **BDP im Kanton Freiburg** nicht mehr im Parlament vertreten. Die Parteiwechsel waren Folge von parteiinternen Auseinandersetzungen, die im Rücktritt fast der gesamten Parteispitze kulminierten, bei deren Neubesetzung zudem nicht wie gefordert einer der beiden Grossräte berücksichtigt worden war.<sup>47</sup>

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 14.02.2013  
MARC BÜHLMANN

Mit der Mitte Februar vorgenommenen Gründung einer BDP Genf, die bei den kantonalen Wahlen im Oktober denn auch gleich – allerdings erfolglos – antrat, waren die Bürgerlich-Demokraten in nunmehr **17 Kantonen** präsent, wobei die Romandie mit Ausnahme des Kantons Jura vollständig abgedeckt war. Gründungen in den restlichen Kantonen waren in Planung.<sup>48</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 15.06.2013  
MARC BÜHLMANN

Eine eigenständige Position nahm die BDP in der **Finanzpolitik** ein. Unterstützt von ihrer Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, die allerdings mit ihrer offiziellen Politik vor allem bei der Rechten aneckte, forderte die Partei ein Umdenken und eine aktives Engagement für einen globalen Informationsaustausch. Die Schweiz könne nicht dauernd warten, bis sie mit dem Rücken zur Wand stehe und dann reagieren müsse, sondern sie solle die internationale Finanzpolitik aktiv mitgestalten. Gegen die geplante Abgeltungssteuer äusserte sich die Partei skeptisch und hinsichtlich des Bankgeheimnisses fordert die BDP mehr Transparenz. In einem an die Presse gespielten vertraulichen Protokoll wurde deutlich, dass die BDP-Bundesrätin die Partei in diese Richtung drängte, obwohl diese Politik vom Gesamtbundesrat nicht abgestützt war. In der Presse wurde der BDP auch vorgeworfen, ihre Position nach dem Wind zu richten, hätte sie doch vor nicht allzu langer Zeit noch das Bankgeheimnis verteidigt. Die auch von der „Lex USA“ befeuerte Diskussion wurde als Möglichkeit einer weiteren Annäherung an die CVP betrachtet, hatte sich die CVP doch bei besagter, allerdings letztlich abgelehnter Vorlage etwas überraschend der Haltung der BDP angeschlossen.<sup>49</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 26.06.2013  
MARC BÜHLMANN

Nachdem BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf mit der Lex USA eine empfindliche Niederlage einstecken musste, wählte BDP-Präsident Martin Landolt die Strategie Angriff. In einem Interview in der Sonntagspresse betrieb er zwei Jahre vor den Nationalratswahlen Wahlkampf, indem er seine Vorstellung einer idealen **Regierungszusammensetzung** erörterte. Während der SVP und der FDP insgesamt drei und der Linken zwei Sitze zustehen würden, müsse die Mitte mit zwei Sitzen – je ein BDP und ein CVP-Mandat – vertreten sein. Die Freisinnigen würden derart ähnlich wie die SVP politisieren, dass die Rechte nicht vier Sitze haben dürfe. Sukkurs erhielt Landolt von der SP, die der FDP ebenfalls die Legitimation auf einen zweiten Bundesratssitz absprach.<sup>50</sup>

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 02.09.2013  
MARC BÜHLMANN

Zwei Jahre vor den Nationalratswahlen 2015 stellte sich für die BDP langsam die Frage, ob ihre **Bundesrätin** noch einmal antreten wird. Auf der einen Seite wäre Eveline Widmer-Schlumpf als Lokomotive im Wahlkampf wichtig, wird doch die Partei nach wie vor überwiegend mit der Bundesrätin identifiziert. Auf der anderen Seite wurde ein möglicher Rücktritt aber auch als Chance betrachtet. Eine Partei könne freier politisieren, wenn sie nicht in der Regierung vertreten sei. Freilich gab sich die Parteileitung zu dieser Frage zugeknöpft. Die Entscheidung liege alleine bei Eveline Widmer-Schlumpf selber.<sup>51</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 02.09.2013  
MARC BÜHLMANN

Bei der Parolenfassung Anfang September wurde die Position der BDP gegenüber den Bilateralen Verträgen mit der EU verdeutlicht. Die Masseneinwanderungsinitiative, bei der die Delegierten ohne Diskussion einstimmig die Nein-Parole empfahlen, würde das Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz auf die Probe stellen. Es gelte sachlich und nicht emotional zu urteilen, warnte BDP-Parteipräsident Landolt. Nationalrätin Ursula Haller (BE) kritisierte den SVP-Präsidenten Toni Brunner, der den Bundesrat im Zusammenhang mit dessen **Europapolitik** als Landesverräter bezeichnet hatte.<sup>52</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 12.09.2013  
MARC BÜHLMANN

Hinsichtlich ihrer **Energiepolitik** wurde der BDP vorgeworfen, ihre Positionen zu wechseln. Der Atomausstieg sei 2011 nur beschlossen worden, um den Bundesratssitz von Eveline Widmer-Schlumpf zu retten. In der Zwischenzeit sei die Partei aber atomfreundlicher geworden, was nicht zuletzt auch damit zu tun habe, dass viele BDP-Exponenten mit der BKW verhandelt seien, der Besitzerin des AKW Mühleberg. Hans Grunder (BE), ehemaliger Parteipräsident der BDP, dementierte die Gerüchte. Die BDP und er selber würden hinter dem Atomausstieg stehen. Das schulde man den zukünftigen Generationen.<sup>53</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 28.09.2013  
MARC BÜHLMANN

Bei der ersten SRG-**Wahlumfrage**, die nach der Hälfte der Legislatur durchgeführt wurde, zeichnete sich die BDP als grosse Gewinnerin ab. Laut der Umfrage würde die BDP – hätten zu diesem Zeitpunkt Nationalratswahlen stattgefunden – über 2 Prozentpunkte an Wählerstärke zunehmen und neu auf einen Wähleranteil von 7,5% kommen (effektiver Wähleranteil 2011: 5,4%). Die Gewinne würden dabei vor allem auf Kosten der SVP gehen.<sup>54</sup>

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 03.11.2013  
MARC BÜHLMANN

Infolge der im Vorjahr geäusserten Kritik am UBS-Mandat des damals gewählten **Parteipräsidenten Martin Landolt** (GL) gab dieser an der Delegiertenversammlung Anfang Mai in Genf die Kündigung seiner 40%-Beschäftigung bei der Grossbank bekannt. Er sähe zwar keine Gefahr für die Unabhängigkeit als Politiker, das Mandat sei aber zu einem Handicap für die BDP geworden, so Landolt. Tatsächlich positionierte sich der BDP-Präsident mit pointierten Äusserungen zum Finanzplatz und die BDP tat sich auch aufgrund ihrer Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf in der Finanzpolitik – etwa bei der Abgeltungssteuer oder beim Informationsaustausch – besonders hervor.<sup>55</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 04.11.2013  
MARC BÜHLMANN

**Fünf Jahre** nach ihrer Gründung konnte die BDP auf einige Erfolge zurückblicken. Die 5,4% Wähleranteil bei den nationalen Wahlen und die kantonalen Erfolge hätte der am 2. November vor fünf Jahren in Glarus aufgrund des Ausschlusses der Bündner Sektion aus der nationalen SVP gegründeten Partei kaum jemand zugetraut. Die Partei war mit der Abspaltung eines Teils der Berner SVP am 21. Juni 2008 aus der Not geboren worden und ein eigentlicher Plan lag dabei nicht vor. In der Presse wurde dieser Umstand hervorgehoben, der die Partei bis heute präge, da sie sich eher an den herrschenden Umständen als an festen Grundsätzen orientiere. Die Ambivalenz der Partei sei kennzeichnend; die BDP sei zwar jung, aber bereits Regierungspartei, sie sei eigenständig, weil sich von der SVP emanzipierend, aber dennoch profillos. Die Regierungsbeteiligung mache sie zudem stark von der eigenen Bundesrätin abhängig. Gegen den Vorwurf der Profillosigkeit wehrte sich die Partei mit dem Hinweis, dass sie die erste bürgerliche Partei gewesen sei, die für den Atomausstieg optiert habe und auch in der Finanzpolitik eigenständige Positionen einnehme. Der Partei wurde viel Fleiss attestiert, hatte sie doch innert der fünf Jahre nicht weniger als 17 Kantonalsektionen gegründet und rund 7 000 Mitglieder angezogen. In der NZZ wurde ein historischer Vergleich mit den früheren Demokraten gezogen, die in den Kantonen Glarus und Graubünden 1971 mit der damaligen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) zur SVP fusioniert hatten. Die Abspaltung von der SVP 2008 sei quasi die Wiedergeburt der Demokraten. An ihrer Geburtstagsfeier in Chur kündigte die Partei für die nationalen Wahlen 2015 ein Ziel von 8% Wähleranteil an, die man mit einer konsequent lösungsorientierten Politik, aber auch durch stärkere Zusammenarbeit mit der CVP erreichen will.<sup>56</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 04.11.2013  
MARC BÜHLMANN

**Bei allen elf eidgenössischen Abstimmungsvorlagen fasste die BDP jeweils die gleiche Parole wie die CVP und grenzte sich dabei in sechs Fällen von der SVP ab.** Mitte Januar lehnten die Delegierten in Langendorf mit 114 zu 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Abzockerinitiative ab, bei der die BDP auch als Kampagnenführerin des Gegnerkomitees auftrat. Ganz ohne kantonale Opposition ging es dabei auch bei der BDP nicht: Die Sektion Thurgau beschloss nämlich Stimmfreigabe. Ohne Gegenstimme empfahl die Partei in Langendorf zudem, das revidierte Raumplanungsgesetz anzunehmen und auch der Familienartikel wurde mit lediglich fünf Gegenstimmen zur Annahme empfohlen. Anfang Mai wurden an der Delegiertenversammlung in Genf beide Parolen einstimmig gefasst – sowohl das Nein zur Volkswahl des Bundesrates als auch das Ja zur Asylgesetzrevision. Auch die Parolen, welche die Delegierten Ende August in Frauenfeld fassten, evozierten nur wenige Diskussionen: die Wehrpflicht- und die 1:12-Initiative wurden ebenso deutlich verworfen, wie das Epidemienengesetz, die Revision des Arbeitsgesetzes und die Erhöhung der Gebühren für die Nationalstrassenbenützung angenommen wurden. An der Geburtstagsfeier in Chur Anfang November wurde schliesslich die SVP-Familieninitiative ohne Diskussion und mit 202 zu 16 Stimmen bei acht Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen.<sup>57</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 15.12.2013  
MARC BÜHLMANN

Ende Jahr beteiligte sich die BDP mit einem neuen Vorschlag an der Debatte um die **Rentenreform**. Die Diskussion um die Höhe des Rentenalters sei von Ideologie geprägt, befand Parteipräsident Landolt. Man könne die Debatte entpolitisieren, wenn ökonomische Fakten berücksichtigt würden. Konkret schlug die BDP mit einem parlamentarischen Vorstoss vor, das Rentenalter an die Lebenserwartung zu knüpfen. Die Idee ist, dass das Rentenalter 80% der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Frauen und Männern betragen soll. 2013 wäre das Rentenalter also bei 66 Jahren zu liegen gekommen. Der Vorschlag wurde von SVP und FDP positiv, von der CVP skeptisch und von der Linken mit Ablehnung aufgenommen.<sup>58</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 01.01.2014  
MARC BÜHLMANN

#### **BDP – Liaison**

Über den medialen Dauerbrenner einer Liaison bzw. schlussendlich Nicht-Liaison zwischen BDP und CVP berichten wir oben unter CVP.

**ANDERES**  
DATUM: 04.01.2014  
MARC BÜHLMANN

Der Rücktritt der langjährigen **BDP**-National- und Kommunalpolitikerin **Ursula Haller** (BE) drückte den Altersschnitt der BDP-Fraktion, die die mit durchschnittlich 55 Jahren älteste Fraktion stellte, ein wenig nach unten. Sie wolle das Amt als Gemeinderätin der Stadt Thun und als Nationalrätin, das sie seit 1999 für die SVP und später für die BDP ausübte, gleichzeitig beenden, so die Berner Oberländerin. Ihr Nachfolger – der 58-jährige Heinz Siegenthaler – war allerdings nur sieben Jahre jünger. Parteipräsident Martin Landolt zeigte sich für die Zukunft optimistisch. In den Kantonen würden viele junge Leute für die BDP kandidieren.<sup>59</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 11.01.2014  
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung der **BDP** Mitte Januar in Thun wettete Parteipräsident Martin Landolt (GL) **gegen die Initiativenflut** und die schädlichen Volksbegehren von links und rechts. Zwar sei es gut, die Bürgerinnen und Bürger zu konsultieren, noch besser sei es aber, lösungsorientierte Sachpolitik wie die BDP zu betreiben. Mit Initiativen rumzufuchteln stelle die bisherigen Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren der Schweiz infrage.<sup>60</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 11.01.2014  
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung in Thun Anfang 2014 forderte die **BDP** in einem Positionspapier zur **Bildungspolitik** die qualitative Weiterentwicklung des Schweizer Bildungssystems. Gefordert wurden etwa die Anpassung von Berufsschulen an die Kompetenzen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, oder angepasste Berufslehren für schwächere Schülerinnen und Schüler. Frühe ganzheitliche Förderung, Tagesstrukturen und die interkantonale Harmonisierung der Lehrpläne müssten ebenfalls mehr Unterstützung erhalten.<sup>61</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 05.03.2014  
MARC BÜHLMANN

Die **BDP** stehe – wie andere Parteien auch – wahrscheinlich vor einer Durststrecke, warnte Parteipräsident Martin Landolt (GL) an einem Vortrag Anfang März in Bern. Es werde schwierig werden, bei den eidgenössischen **Wahlen 2015** den Status quo zu halten. Dies auch deshalb, weil die konstruktive, sachorientierte Politik der BDP in den Medien keine Aufmerksamkeit erhalte und die BDP deshalb in Umfragen auch kaum mit konkreten Themen in Verbindung gebracht werde. Die Sitze zu halten wird auch deshalb schwer, weil voraussichtlich mehrere Schwergewichte der Partei zu den Wahlen 2015 nicht mehr antreten werden – so etwa Ursula Haller (BE) oder Hansjörg Hassler (GR). Ein Ersatz dieser Abgänge sei aufgrund der jungen Strukturen der Partei schwierig, wurde in den Kommentarspalten der Medien gemutmasst. Auch Parteimitgründer Hans Grunder (BE) hatte sich eigentlich einen Rücktritt überlegt, er wolle aber noch einmal kandidieren, um Gegensteuer gegen rechts geben zu können. Mitte Oktober gab Parteipräsident Landolt an, vor allem in jene Kantone investieren zu wollen, wo noch Wachstumschancen bestünden. Zudem sollen mit der CVP möglichst viele Listenverbindungen eingegangen werden. Ende Jahr wurde der Berner Nationalrat Lorenz Hess zum Wahlkampfleiter erkoren. Der Wahlauftritt soll Anfang 2015 in Winterthur erfolgen.<sup>62</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 15.03.2014  
MARC BÜHLMANN

Auch die **BDP** brachte ihre Lösung für eine mögliche **Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative** zur Diskussion: In einem Mitte März ausgearbeiteten Papier schlug die Partei eine partielle Personenfreizügigkeit vor. Bis zu einem gesamteuropäischen Zuwanderungsschnitt würde die Schweiz die volle Personenfreizügigkeit akzeptieren. Sobald aber dieser variable Schnitt überschritten sei, müssten Kontingente eingesetzt werden, wobei der Bundesrat die Höchstzahl an zusätzlicher Zuwanderung festsetze. Vielleicht sei diese Lösung das Ei des Kolumbus, so Parteipräsident Landolt, da sie verfassungskonform sei und der EU die Möglichkeit gebe, Hand zu bieten. Im Papier wurde auch eine Einschränkung des Familiennachzugs gefordert, um mehr Manövriermasse zu haben. Zudem müsse mehr im Inland gegen den Fachkräftemangel vorgegangen werden – etwa mit zusätzlichen Ausbildungsplätzen in Bereichen, in denen Mangel herrsche. Mitte Juni forderte Landolt dann eine möglichst rasche Volksabstimmung über die Kündigung der Personenfreizügigkeit. Damit würden nicht nur die langwierigen Verhandlungen mit der EU obsolet, die voraussichtlich negativ enden würden, sondern auch die lange Rechtsunsicherheit während dieser Zeit verkürzt. Landolt zeigte sich überzeugt, dass die Bevölkerung eine Kündigung der Bilateralen Verträge nicht gutheissen würde. Unterstützung erhielt er von der SP. Economiesuisse warnte hingegen vor der Gefahr einer möglichen Ablehnung.<sup>63</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 30.03.2014  
MARC BÜHLMANN

Die Wahlschlappe der **BDP** bei den Wahlen im Kanton Bern wurde von der Parteispitze unter anderem damit erklärt, dass sich die BDP zu stark an die SVP und die FDP angenähert habe. Der Slogan „erfrischend anders“ sei von der eigenen Partei nicht richtig umgesetzt worden und man habe sich zu sehr auf bisherigen Erfolgen ausgerichtet. Man könne nicht einfach eine „SVP-light“ sein, sondern müsse sich **als Mittelpartei neu positionieren**. Mit mehreren, teilweise sehr harschen Angriffen auf die SVP versuchte Parteichef Martin Landolt seine Partei von der Volkspartei abzugrenzen. Mitte November forderte er gar, dass die SVP bei einem allfälligen Rücktritt von Bundesrat Ueli Maurer nicht mehr in der Regierung vertreten sein dürfe. Landolt sprach davon, gleichzeitig modern und konservativ sein zu wollen. Er rief Anfang April die Delegierten auf, mehr auf die Inhalte der Partei aufmerksam zu machen. Die BDP sei eine Partei, die sich ökologischen Herausforderungen stelle und dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trage. Man müsse zeigen, dass man konstruktiv und vernünftig und eben nicht rechtskonservativ sei.<sup>64</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 31.03.2014  
MARC BÜHLMANN

Nach wie vor war die **BDP-Bundesrätin** Eveline Widmer-Schlumpf eine wichtige Klammer, mit welcher die Partei zusammengehalten wurde. Der BDP-Bundesratssitz erwies sich allerdings auch 2014 weiterhin als Spielball der anderen Parteien. Während die Linke immer wieder antönte, die BDP-Bundesrätin weiterhin zu unterstützen und die CVP – zumindest bis zur endgültigen Absage einer Union mit der BDP – eine amtierende Bundesrätin nicht abwählen will, machten sich die FDP und die SVP für einen zweiten SVP-Sitz zulasten der BDP stark. Uneinheitlich war die Position der GLP, die sich eher bedeckt gab. Ob Eveline Widmer-Schlumpf noch einmal antreten wird oder nicht, blieb auch 2014 unklar. Wie eng die Partei nach wie vor mit ihrem „Zugpferd“ verknüpft wahrgenommen wird, zeigt der Umstand, dass der Ausgang der kantonalen Wahlen, aber auch die gescheiterte Union, von den Medien als Zeichen für ein mehr oder weniger starkes Wackeln des Bundesratssitzes interpretiert wurden. Das Schicksal der Partei sei unweigerlich mit ihrer Bundesrätin verknüpft. Das häufig vorgebrachte Statement von Parteipräsident Landolt, man wolle sich von der eigenen Bundesrätin emanzipieren, verhalte scheinbar ungehört.<sup>65</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 23.08.2014  
MARC BÜHLMANN

Obwohl sie für ihre Pädophileninitiative vor allem mit der SVP paktiert hatte, trat die Initiantin und Gründerin der Vereinigung Marche Blanche, Christine Bussat, der **BDP** des Kantons Waadt bei. Bei den fremdenfeindlichen und rassistischen Absichten der SVP sei ihr unwohl, gab sie in einem Interview mit "Le Matin" als Grund für ihren Entscheid an. Die BDP war neben der SVP und dem MCG eine der wenigen Unterstützerinnen der erfolgreichen Volksinitiative. Ende Jahr liebäugelte **Christine Bussat** mit einer Kandidatur für die nationalen Wahlen 2015.<sup>66</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 25.08.2014  
MARC BÜHLMANN

**BDP**-Parteipräsident Martin Landolt erzeugte mit seiner Etikettierung der SVP-Politik als **braune Politik** einigen medialen Wirbel. Er stelle „erschreckende Parallelen zu den 30er-Jahren“ fest, die sich in der Sprache, der Rhetorik und den Inseraten der SVP zeigten. Landolt wörtlich: „Bis zu welchem Punkt muss eine Politik noch brauner werden, bis alle merken, dass sie stinkt?“ Der Glarner Parteipräsident echauffierte sich vor allem über verschiedene Vorstösse der SVP – etwa die Idee, die Antirassismusstrafnorm wieder abzuschaffen – die von den Medien verharmlost würden. Auch das Stillschweigen sei eine erschreckende Parallele zu den 1930er-Jahren. Er habe Angst, dass die SVP die Schweiz in eine totale Isolation gegenüber Europa führe, so Landolt in einem Interview mit dem Tages Anzeiger. Er forderte deshalb, der extremistischen SVP dürfe kein Bundesratssitz zugesprochen werden. An der Delegiertenversammlung Mitte Oktober in Liestal doppelte der Glarner Nationalrat nach und kritisierte eine Rede Christoph Blochers, bei der sich dieser nationalsozialistischer Rhetorik bedient habe.<sup>67</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 18.10.2014  
MARC BÜHLMANN

Im Oktober forderten die **BDP**-Delegierten die Umsetzung des so genannten Modells 3/5 beim **Unterricht von Fremdsprachen**. Das von den kantonalen Erziehungsdirektoren erarbeitete Modell, das den Unterricht von zwei Fremdsprachen in der Primarschule verlangt, sei zu unterstützen. Dabei soll die erste Fremdsprache eine Landessprache sein, und Englisch erst an zweiter Stelle kommen. Notfalls müsse der Bund eingreifen, um dies in allen Kantonen durchzusetzen. Überdies seien mit diesem Modell zuerst Erfahrungen zu sammeln, bevor wieder Reformen durchgeführt

würden.<sup>68</sup>

#### WAHLEN

DATUM: 21.10.2014  
MARC BÜHLMANN

Die BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf beteiligte sich an der grossen Rochade bei der neuen Departementsverteilung nach den Bundesratsersatzwahlen im Herbst des Berichtsjahrs. Neu übernahm sie das **Finanzdepartement**. Die BDP will in den Wahlen von 2011 vor allem auf ihre Bundesrätin als Wahlkampflokomotive setzen. Aus Ressourcen- und Effizienzgründen will die Partei auf die Lancierung einer Initiative verzichten.<sup>69</sup>

#### WAHLEN

DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

In allen drei Stammländern der **BDP** (GL, GR, BE) fanden im Berichtsjahr **kantonale Wahlen** statt – laut Parteipräsident Martin Landolt zum ersten Mal unter normalen Vorzeichen. Die Resultate dieser Wahlen waren überaus gemischt. Eine veritable Schlappe musste die junge Partei im Kanton Bern einstecken, wo ihr nicht weniger als elf Sitze und fast fünf Prozentpunkte an Wählerstärke verlustig gingen (neu: 14 Sitze und 11,2%). Die Befürchtungen, dass sich die Niederlage auch in den Kantonen Graubünden und Glarus wiederholen könnte, bewahrheiteten sich dann allerdings nicht. In Glarus verlor die BDP zwar einen Sitz (neu: 9 Sitze), konnte sich aber als drittstärkste Partei (hinter der SVP und der FDP) halten. In Graubünden konnten die Bürgerlich-Demokraten gar um einen Sitz zulegen. Insgesamt verfügte die BDP Ende 2014 in zehn Kantonen noch über 77 Legislativsitze. In Glarus, Graubünden und Bern verteidigte die BDP zudem ihre insgesamt vier Regierungssitze relativ souverän. Kein Erfolg war der Partei bei der Ständeratsersatzwahl im Kanton Glarus beschieden. Zwar war sie dort mit ihrem Parteipräsidenten Martin Landolt angetreten, dieser hatte aber gegen Thomas Hefti (fdp), der mehr als doppelt so viele Stimmen holte, letztlich keine Chance.<sup>70</sup>

#### ANDERES

DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

2013 hatte die **BDP** bei ihren **Parolenfassungen** zu 100% mit der CVP übereingestimmt. Dies war 2014 nicht mehr der Fall: Sowohl bei der Pädophileninitiative als auch bei der Gastroinitiative fassten die beiden Parteien unterschiedliche Empfehlungen. 2014 lag die BDP mit ihren Abstimmungsempfehlungen näher bei der FDP, mit der sie in elf von zwölf Fällen übereinstimmte. Auch hier war es die Pädophileninitiative, bei der sich die beiden Parteien nicht einig waren. Insgesamt war die BDP zusammen mit der GLP im Berichtsjahr die erfolgreichste Partei, nimmt man die Übereinstimmung zwischen Parole und Abstimmungsergebnis zum Massstab: Bei zehn der zwölf Vorlagen entsprach die Empfehlung der BDP dem Abstimmungsergebnis.

In Thun lehnten die Delegierten der BDP Anfang Jahr sowohl die Mindestlohninitiative (156 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen) als auch die Initiative gegen die Abtreibungsfinanzierung (147 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung) ab. Zudem empfahlen sie die FABI-Vorlage mit 152 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen zur Annahme. Bereits im August 2013 hatten die Delegierten die Masseneinwanderungsinitiative der SVP mit 110 zu 0 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) zur Ablehnung empfohlen. Mit 89 zu 30 Stimmen bei 9 Enthaltungen war die Parolenfassung zur Beschaffung des Gripens an der Delegiertenversammlung Anfang April in Luzern etwas umstrittener. Etwas deutlicher wurden die Pädophilie-Initiative (95 zu 20 Stimmen bei 10 Enthaltungen) und fast einstimmig die Hausarztvorlage (122 zu 3 Stimmen) zur Annahme empfohlen. Ebenfalls in Luzern entschieden sich die Delegierten mit 103 zu 4 Stimmen bei 13 Enthaltungen für ein Nein zur Einheitskasseninitiative. Im August verwarfen die BDP-Delegierten in Pully die Ecopopinitiative (92 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen) und die Initiative gegen die Pauschalbesteuerung (92 zu 5 Stimmen bei 9 Enthaltungen). Eine parteiinterne Auseinandersetzung gab es bei der Gastroinitiative, wo ein Nein der Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die bei einer Annahme des Begehrens Steuerausfälle von mehreren Millionen Franken befürchtete, einem Ja von Mitinitiant Hans Grunder (BE) gegenüberstand. Die Delegierten folgten letztlich mit 72 zu 25 Stimmen bei 4 Enthaltungen ihrer Bundesrätin. Das Nein zur Gold-Initiative wurde Mitte Oktober in Reinach mit 113 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen gefasst.<sup>71</sup>

Die Delegierten der **«Mitte 60+ Schweiz»** (vormals CVP 60+) wählten im August 2021 die 62-jährige Nationalrätin **Ida Glanzmann-Hunkeler (LU) zu ihrer neuen Präsidentin**. Glanzmann-Hunkeler, die von 2001 bis 2009 schon Präsidentin der CVP Frauen Schweiz gewesen war, löste in ihrem neuen Amt alt Nationalrat Norbert Hochreutener (BE) ab. Dieser hatte die Vereinigung der CVP-Seniorinnen und -Senioren seit 2012 geführt. Gleichzeitig mit dem Präsidium wurde auch das Vizepräsidium neu besetzt: Als Stellvertretung von Glanzmann-Hunkeler wurden Monique Goumaz-Renz (FR) sowie Nationalrat Heinz Siegenthaler (BE) gewählt. Mit Siegenthaler ist somit auch ein ehemaliger BDPLer in der Parteileitung vertreten.<sup>72</sup>

Die **Kantonalsektionen der BDP und der CVP** füllten in den Jahren 2020 und 2021 Entscheide über ihren **Zusammenschluss zur neuen Partei «Die Mitte»**. Zusätzlichen Schub erhielt dieser Prozess, nachdem die Delegierten der BDP und der CVP Schweiz Mitte November 2020 einer Fusion der Bundesparteien zugestimmt hatten und diese per 1. Januar 2021 vollzogen worden war. An diesem Datum wurden alle noch bestehenden Kantonalsektionen von BDP und CVP zu Sektionen der fusionierten Mutterpartei, womit die Mitte zunächst in den meisten Kantonen über jeweils zwei Sektionen verfügte. Jede Sektion konnte und musste sodann autonom über ihre Zukunft entscheiden, da die Kantonalparteien (und auch die Lokalparteien) in der Schweiz organisationsrechtlich eigenständige Einheiten sind.

Dabei bedauerten die BDP-Mitglieder zwar allenthalben, dass die Etablierung als eigenständige Partei letztlich gescheitert war. In den meisten Kantonen regte sich unter ihnen aber keine oder keine nennenswerte Opposition gegen die Auflösung ihrer Sektion und den Zusammenschluss mit der jeweiligen CVP-Sektion. Exponentinnen und Exponenten, die damit nicht einverstanden waren, wählten eher den Weg des Parteiaustritts. Auch in den meisten CVP-Sektionen gab es keinen prinzipiellen Widerstand gegen eine Fusion; allerdings war die Fusionsdiskussion eng mit der Umbenennung zu «Die Mitte» und somit der Streichung des «C» aus dem Parteinamen verknüpft, die nicht in allen CVP-Kantonalparteien gleich gut ankam. Zugunsten einer Fusion wurden in den meisten Kantonen die folgenden vier Argumente vorgebracht: Erstens seien die inhaltlichen Überschneidungen der beiden Parteien schon bisher gross. Zweitens erhöhe ein Zusammengehen die Schlagkraft der politischen Mitte. Drittens könne man dadurch parteiintern einen breiteren Pool an motivierten Personen zusammenbringen und eine neue Dynamik entfachen. Und viertens ergänze man sich aufgrund teils unterschiedlich verteilter lokaler Hochburgen der beiden Partner wahrlich gut: Die CVP war nach wie vor stärker in katholischen Gebieten verankert, die BDP stärker in protestantischen Regionen.

Zu den ersten BDP-Sektionen, die ihre Auflösung und ein Zusammengehen mit der CVP beschlossen, gehörten bemerkenswerterweise jene der beiden BDP-Hochburgen Glarus und Bern, wo der Leidensdruck bei einer rein kantonalen Betrachtungsweise eigentlich geringer war als in anderen Kantonen: In der bernischen wie in der glarnerischen Politik hatte die BDP bis zuletzt noch eine bedeutende Rolle gespielt und sogar etwas (in Glarus) beziehungsweise deutlich (in Bern) mehr Mandate als die CVP inne. Das Aufgehen der BDP in der neuen Mittepartei wurde in diesen beiden Kantonen stark mit dem Wunsch begründet, Teil einer Partei zu sein, die auch auf nationaler Ebene eine nennenswerte Rolle spielt. Auch die Parteibasis liess sich von dieser Überlegung überzeugen: In **Glarus** entschieden sich die BDP-Mitglieder – darunter auch der BDP-Schweiz-Präsident und erklärte Fusionsbefürworter Martin Landolt – am 3. November 2020 einstimmig für die Fusion, die CVP folgte zwei Tage später mit 84 Prozent Zustimmung. Der Fusionsentscheid fiel in Glarus somit schon rund zwei Wochen vor dem Entscheid der Bundesparteien – und wurde deshalb unter den Vorbehalt gestellt, dass sich auch die nationalen Parteien zum selben Schritt entschliessen würden. Nachdem diese Bedingung erfüllt war und die zunächst auf Januar 2021 angesetzte Gründungsversammlung wegen der Covid-19-Pandemie hatte verschoben werden müssen, wurde der Zusammenschluss in Glarus schliesslich im Mai 2021 formell vollzogen.

Mit **Bern** traf auch die grösste BDP-Sektion, welche rund die Hälfte aller Schweizer BDP-Mitglieder stellte, schon einige Tage vor den nationalen Mutterparteien ihren Entscheid. Am 11. November 2020 sagten hier bei der BDP 95 Prozent und bei der CVP 93 Prozent der stimmenden Mitglieder Ja zur kantonalen Fusion. Als Grund für den frühen Zeitpunkt gaben die Spitzen der beiden Berner Parteien an, man wolle sich schon als fusionierte Partei auf die kantonalen Gesamterneuerungswahlen vom März 2022 vorbereiten können. Formell vollzogen – mit der Verabschiedung der neuen Statuten und der Wahl des neuen Vorstands – wurde die Berner Fusion dann im März 2021.

In **Graubünden**, dem dritten BDP-Gründerkanton nebst Bern und Glarus, verlief der Fusionsprozess harziger. Sowohl die CVP als auch die BDP gehörten hier zu den drei stärksten Parteien im Kanton, die beiden potenziellen Fusionspartner standen sich kantonal auf Augenhöhe gegenüber. Historisch hatte im konfessionell gemischten Kanton Graubünden zwischen ihren Vorläufern – den katholischen Konservativen und den reformierten Demokraten (welche sich 1971 der SVP Schweiz angeschlossen hatten) – lange eine ausgeprägte Rivalität geherrscht, in den 1940er Jahren war sogar von einem «Kulturkampf» die Rede (Südostschweiz vom 9.6.2021). Vielleicht spielte auch diese historische Erblast eine Rolle dafür, dass in den Reihen der Bündner BDP 2020 zunächst nicht nur eine Vereinigung mit der CVP, sondern auch ein Zusammengehen mit der FDP oder der GLP erwogen wurde. Auch ein Weiterbestehen der kantonalen BDP mit einer blossen Intensivierung der Zusammenarbeit mit der CVP wurde diskutiert. Die Bündner CVP-Führung wiederum äusserte Bedenken, dass eine Fusion gut etablierte Parteistrukturen gefährden und in CVP- respektive BDP-Stammlanden eine Abwanderung von Wählenden bringen könnte: «Eins plus eins muss nicht zwingend zwei ergeben», liess CVP-Kantonalpräsident Stefan Engler verlauten. Es gab Befürchtungen, dass man als fusionierte Partei die drei von fünf Regierungssitzen und die über 50 von 120 Grossratsitzen schlechter halten könnte. Zudem war in der CVP Graubünden zunächst nicht klar, ob sich eine Mehrheit zu einer Streichung des «C» aus dem Parteinamen würde durchbringen können – was wiederum in den Reihen der BDP als Bedingung für ein Zusammengehen galt. Nachdem die beiden Mutterparteien Ende 2020 ihre Fusion auf nationaler Ebene besiegelt hatten, nahm der Prozess aber auch in Graubünden stärker Fahrt auf – auch deshalb, weil die Parteispitzen rechtzeitig vor den kantonalen Gesamterneuerungswahlen vom Mai 2022 Klarheit schaffen wollten. Die BDP-Mitglieder bekannten sich bei einer Mitgliederversammlung informell zum Ziel einer Fusion, eine Projektgruppe aus beiden Parteien nahm ihre Arbeit auf und im Januar 2021 gaben die Junge BDP und die Junge CVP ihre Unterstützung für eine Fusion bekannt. Ende März 2021 sprach sich schliesslich auch die kantonale Parteileitung der CVP erstmals offiziell für eine Fusion – und für eine Umbenennung in «Die Mitte» – aus. In einer gemeinsamen Medienmitteilung der Bündner BDP- und CVP-Geschäftsleitungen wurden die Fusionsbestrebungen auch mit dem anstehenden Wechsel Graubündens vom Majorz- zum Doppelproporzsystem für die Grossratswahlen begründet: Mit dem neuen Wahlsystem werde eine flächendeckende Präsenz im ganzen Kanton wichtiger, deshalb würden die beiden regional unterschiedlich verankerten Fusionspartner einander gut ergänzen. Im April 2021 folgten eine konsultative Urabstimmung bei der CVP und eine Mitgliederumfrage bei der BDP, wobei sich 86 Prozent der CVP- und fast 95 Prozent der BDP-Mitglieder für die Fusion aussprachen. Die NZZ ging davon aus, dass die Nein-Stimmen in der BDP ideologisch begründet waren, da die Bündner BDP aufgrund ihres historischen Erbes etwas weiter rechts zu verorten sei als die CVP; dies gelte für jüngere BDP-Mitglieder allerdings nicht mehr und wie die Südostschweiz aufzeigte, waren sich die beiden Sektionen bei den kantonalen und nationalen Abstimmungsparolen ab 2016 praktisch immer einig. Im Mai 2021 wurden die Statuten für die neue Partei vorgestellt. Sie basierten auf jenen der CVP Graubünden, seien aber «vollständig überarbeitet worden» und sahen für Partei und Fraktion für eine Übergangszeit eine Doppelspitze vor, um beiden Fusionspartnern eine gleichwertige Vertretung zu garantieren. Nach diesen langwierigen Vorarbeiten war es am 7. Juni 2021 schliesslich auch in Graubünden so weit: Zunächst noch in getrennten Delegiertenversammlungen wurde die Fusion von der CVP mit 74 zu 1 Stimmen bei 4 Enthaltungen, von der BDP einstimmig gutgeheissen. Noch am selben Abend folgte die erste gemeinsame Delegiertenversammlung der «Mitte Graubünden» mit der Wahl der neuen paritätischen Doppelspitze. Bis zum Schluss blieb der Fusionsprozess aber von Nebengeräuschen begleitet: Zwischen Dezember 2020 und Juni 2021 traten insgesamt drei BDP-Grossräte zur FDP und einer zur SVP über, aus den Reihen der CVP wechselte ein Grossrat zur SP; auch der dreiköpfige Vorstand der BDP-Ortssektion Chur war geschlossen zur FDP übergetreten, weil für ihn ein Zusammengehen mit der CVP «keine Option» war.

In den Kantonen **Aargau** im Januar 2021, in **Zürich** im März 2021 und in **Freiburg** im Juni 2021 fielen die Entscheide der BDP-Basis zugunsten der Fusion einstimmig aus, wobei zumindest in den ersten beiden Kantonen ein kleiner Teil der BDP-Mitglieder und -Mandatsträger nicht in die neue Mitte-Partei übertrat, sondern zur GLP oder zur FDP wechselte oder aber parteilos wurde. Seitens der CVP gab es in Zürich bloss eine einzige Gegenstimme gegen die Fusion, im Aargau und in Freiburg wurden die CVP-Beschlüsse in der Presse nicht thematisiert.

Einen besonderen Weg wählte im Juni 2021 die BDP **Thurgau**: Auch sie löste sich auf, beschloss aber – soweit ersichtlich als einzige BDP-Kantonalpartei – kein



Zusammengehen mit der kantonalen CVP. Man wolle es den einzelnen Mitgliedern überlassen, ob und welcher anderen Partei sie sich anschliessen möchten, erklärte die Kantonalpartei. Gemäss Medienberichten gab es unter den zuletzt rund 50 Thurgauer BDP-Mitgliedern etliche, die ihre Zukunft in der GLP sahen; andere traten zur Mitte über, wiederum andere wollten keiner Partei mehr angehören.

Als letzte Kantonalsektionen der BDP verschwanden schliesslich die Baselbieter und die Genfer BDP von der politischen Landkarte. Die BDP **Basel-Landschaft** hatte vor ihrem Entscheid über eine Fusion abwarten wollen, ob die potenzielle Fusionspartnerin das «C» aus dem Namen streichen und sich zum neuen Parteinamen «Die Mitte» bekennen würde – ein Schritt, der in der CVP Basel-Landschaft zunächst umstritten war, letztlich aber doch vollzogen wurde. Nachdem diese Vorbedingung der BDP erfüllt und zudem klargestellt war, dass sich auch BDP-Mitglieder in kommunale und kantonale Leitungsfunktionen der neuen Mittepartei wählen lassen könnten, entschied sich die BDP-Basis Ende September 2021 schliesslich einstimmig dafür, ihre Sektion in der künftigen «Mitte» aufgehen zu lassen. Nicht alle der zuletzt rund 60 Baselbieter BDP-Mitglieder traten indessen in die neue Mittepartei über; so schloss sich etwa eine Gemeinderätin der GLP an und der kantonale Parteipräsident entschied sich für die Parteilosigkeit. Die BDP **Genf** war schliesslich die letzte BDP-Kantonalpartei, die über ihr Schicksal entschied: Im Dezember 2021 beschlossen auch hier die Mitglieder einstimmig, ihre Sektion in die «Mitte» einzugliedern.

Die Parteifusionen in Basel-Landschaft und Genf wurden per 1. Januar 2022 vollzogen. Genau ein Jahr nach der Bildung der nationalen «Mitte» war der Fusionsprozess somit in den Kantonen abgeschlossen und die BDP hörte auch auf kantonaler Ebene auf zu existieren. Einzelne CVP-Sektionen bestanden hingegen noch weiter, weil sie den Namenswechsel zumindest vorerst nicht mitmachten.<sup>73</sup>

---

1) AZ, 21.1.22

2) APS-Zeitungsanalyse 2022 – Parteien

3) Presse vom 9. bis 11.5.10.

4) Presse vom 28.12.10.

5) NZZ, 19.2., 1.3., 20.3. und 23.3.13; Blick, 7.4.13; NZZ, 19.4. und 27.4.13; NZZS, 30.6.13; NZZ, 13.7., 20.9. und 11.10.13; zu den Verhandlungen zwischen BDP und CVP über eine allfällige Fusion; zur historischen Entwicklung der Parteien vgl. NZZ, 11.4.13.

6) TG und TA, 5.4.11; 24h, 6.4.11; AZ, 12.4.11; NZZ, 18.4.11; SoZ, 24.4.11 (Schwaller); NLZ, 9.5.11; NZZ, 27.6. und 2.11.11; SN, 9.11.11; WW, 17.11.11; BaZ, 22.11.11; NZZ, 26.11.11; TA, 26.11 und 29.11.11; Presse vom 6.12.11.

7) TA, 17.10.12.

8) SoZ, 19.4.15

9) Gründung BDP GR: BaZ, 5.6. und 17.6.08. Gründung BDP BE: Presse vom 23.6.08. Reaktionen auf BDP-Gründung in Bern: TA, 24.6. und 25.6.08; SGT, 25.6.08. Namensstreit: NZZ, 18.6. und 3.7.08. Neue linientreue SVP GR: NZZ; 13.6. und 20.6.08.

10) Einleitung des Ausschlussverfahrens: Presse vom 19.5.08. Ausschlussentscheid: Presse vom 2.6.08. BE und GR: Presse vom 3.6.08. GL: NZZ, 6.6.08. Resolution der Dissidenten in Bern: NZZ, 11.6. und 12.6.08.

11) NZZ, 15.6., 13.7. und 11.9.13; LT, 14.9.13; SO, 29.9.13; WW, 24.10.13.

12) NZZ, 25.2.14; TA, 26.2.14; SoZ, 23.3.14; NZZ, 9.4., 9.8.14; BaZ, 2.9.14; NZZ, 4.10.14; BaZ, NZZ, TA, 1.11.14; LT, 5.12.14; BaZ, 8.12.14

13) BE, GR: Presse vom 17.6. und 23.6.08. GL: NZZ, 28.8.08. Sitze in kantonalen Parlamenten: LT, 10.7.08. BDP-Bundesräte: Bund, 5.7.08. Fraktion: TA, 20.9.08.

14) Presse vom 3.11.08.

15) Gründung von Kantonalsektionen: AZ, 23.10.08; NZZ, 11.11. und 22.11.08. Wahlen in der Stadt Bern: Presse vom 2.12.08.

16) VS: 24h, 8.1.09; NF, 10.1.09. SG: SGT, 9.1. und 2.2.09.

17) Presse vom 9.2.09.

18) BZ und NZZ, 23.3.09.

19) NZZ, 2.11.09.

20) ZH: TA, 19.2.09; NZZ, 12.3.09; AZ, 26.3. und 4.5.09. OW: BZ, 21.3.09; NLZ, 27.3. und 5.8.09. SO: BaZ, 16.4.09; NZZ, 18.6.09.

SZ: NLZ, 18.8.09.

21) NZZ, 18.1.10.

22) SZ, 23.8.10.

23) NZZ, 1.11.10

24) TA und NZZ, 30.3.10; BaZ, 15.6.10.

25) NZZ, 25.3.10; SZ, 9.4.10; ExPress, 10.4.10; LT, 27.4.10; SN, 5.5.10; NZZ, 17.9.10.

26) SGT, 17.1.11.

27) BaZ, 8.1.11; BZ, 10.1.11; So-Bli, 16.1.11; SGT, 17.1.11; NZZ, 5.2.11.

28) SoZ, 20.3.11; Presse vom 25.3.11.

29) NLZ, 15.3.11; So-Bli, 10.4.11.

30) So-Bli, 16.1.11; SGT und NF, 17.1.11; AZ, 4.3.11; NZZ, 14.3.11; Presse vom 15.3.11; NZZ, 28.3.11; TA, 29.3.11; SN, 15.6.11 (Widmer-Schlumpf-Fan-Club).

31) Blick, 13.8.11.

32) NZZ, 13.8.11; Presse vom 21.9.11.

33) So-Bli, 2.10.11; SoS, 3.10.11.

34) Lit. BFS.; NZZ, 13.8.11; TA, 15.9.11.

35) WW, 22.9.11; SGT, TA und SoS, 30.9.11; SGT, 24.10.11.

36) NLZ und NZZ, 9.9.11; NZZ, 12.9.11; TA, 15.9. und 21.10.11; Bund, 29.10.11; Presse vom 7.11. und vom 15.12.11; SGT, 23.12.11.

37) SGT, 30.1.12.

38) SGT und NZZ, 30.1.12.

39) SoZ, 4.3.12; Presse vom 5.3. und 6.3.12; NZZ, 29.3. und 10.4.12; BaZ, 4.5.12; SGT, 5.5.12; Presse vom 7.5.12.

40) NZZ, 7.5.12; Medienmitteilung der BDP vom 28.1., 5.5., 25.8. und 20.10.12.

41) Presse vom 7.5.12; NLZ und AZ, 1.6.12.

42) Medienmitteilung BDP vom 20.10.12.

43) 24h und LT, 30.7.12; SoBli, 21.10.12; Presse vom 22.10.12.

- 44) Gruner: BZ, 5.3.12; BL; BaZ, 7.1., 10.1., 18.1. und 17.2.12; SO: NZZ, 10.1. und 19.1.12; FR: Lib., 26.9., 20.11., 23.11. und 27.11.12.
- 45) SGT, 30.1.12; NZZ, 16.10. und 27.12.12.
- 46) NZZ, 31.1.13
- 47) Lib und NZZ, 31.1.13.
- 48) NZZ, 9.2.13; LT, 13.2.13; TG, 14.2.13.
- 49) SoZ, 27.1. und 27.3.13; WW, 18.4.13 (Wind); NZZ, 6.5.13; Blick, 14.5.13; NZZ, 27.5. und 15.6.13.
- 50) SoZ, 23.6.13; AZ und BaZ, 24.6.13; NZZ, 25.6.13; BaZ, 26.6.13.
- 51) SGT, 2.9.13.
- 52) BaZ, 2.9.13.
- 53) WW, 12.9.13.
- 54) Presse vom 28.9.13.
- 55) NZZ, 20.3.13; NZZS und So-Bli, 5.5.13; NZZ, 6.5.13; AZ, 7.5.13; WW, 16.5.13; NZZS, 3.11.13.
- 56) BZ, 21.6.13; NZZ, 9.10.13; AZ und NZZ, 2.11.13; Sonntagspresse vom 3.11.13; CdT, 4.11.13.
- 57) NZZ, 21.1. und 6.5.13; SO, 1.9.13; NZZ, 2.9.13; NZZS, 3.11.13; NZZ, 4.11.13.
- 58) SO, 15.12.13.
- 59) AZ, 4.1.14
- 60) NZZ, 13.1.14
- 61) NZZ, 13.1.14
- 62) BZ, 5.3.14; So-Bli, 27.7.14; Blick, 19.8.14; LT, 7.10.14; AZ, 17.10.14; NZZ, 16.12.14
- 63) SO, 16.3., 22.6.14; So-Bli, 31.8.14
- 64) NZZ, SGT, TG, 1.4.14; TA, 5.4.14; NZZ, 7.4.14; AZ, 9.4.14; LT, 4.6.14; NZZ, 20.10.14; LZ, 21.10.14; NZZ, 17.11.14
- 65) SO, 26.1.14; AZ, Blick, NZZ, 1.4.14
- 66) NZZ, 25.8.14; Blick, 26.8.14; TG, 28.8., 12.12.14
- 67) WW, 27.8.14; TA, 10.9.14; NZZ, 20.10.14
- 68) NZZ, 20.10.14
- 69) SZ, 9.4. und 21.4.10.
- 70) AZ, 9.1.14; Blick, 13.1.14
- 71) www.bdp.ch; NZZ, 13.1., 7.4.14; SO, 19.10.14; NZZ, 20.10.14
- 72) LZ, 1.9.21; ZGZ, 3.9.21
- 73) Bund, SGR, 7.5.20; BZ, 13.6.20; SGL, 20.6.20; BZ, 29.6.20; SGR, 25.7., 15.8.20; AVF, 18.8.20; SZ, 20.8.20; SGR, 1.9.20; Bund, 2.9.20; BZ, 8.9.20; BLZ, BZ, 8.10.20; CdT, SGL, 13.10.20; Bund, 10.11.20; BZ, Bund, SGL, 12.11.20; TZ, 18.11.20; SGR, 1.12., 4.12.20; SGL, 11.1.21; AZ, 14.1.21; SGR, 22.1.21; SGL, 23.1.21; SGR, 5.2.21; SGL, 8.2.21; Bund, 20.3.21; NZZ, SGR, TA, 24.3.21; AVF, SGR, 25.3.21; BZ, 26.3.21; TA, 29.3.21; SGR, 20.4., 1.5., 3.5., 11.5.21; SGL, 15.5.21; SGR, 17.5., 2.6.21; NZZ, 4.6.21; TZ, 5.6.21; SGR, 8.6., 9.6.21; Lib, 18.6.21; BaZ, 31.7.21; TG, 30.9.21; BLZ, 13.10.21; BaZ, 27.10.21; BLZ, BaZ, 28.10.21; TG, 23.12.21